

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 25. September 1929
11. Jahrg. Nummer 224

Verl. im täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die gebührenfreie Willkürzeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Reklamazeilen: Die gebührenfreie Willkürzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme lt. der Haupt-Exposition 8 Uhr; in den Mittel-Expositionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlagsanstalt: Berlin 18, Unter den Eichen 10, Tel. 24 00 24
Verlagsanstalt: Breslau 44, Reibitzgasse 10, Tel. 22 00 24
Verlagsanstalt: Danzig 10, Grosse Str. 10, Tel. 22 00 24
Verlagsanstalt: Glogow 10, Grosse Str. 10, Tel. 22 00 24
Verlagsanstalt: Katowice 10, Grosse Str. 10, Tel. 22 00 24
Verlagsanstalt: Lodz 10, Grosse Str. 10, Tel. 22 00 24
Verlagsanstalt: Lublitz 10, Grosse Str. 10, Tel. 22 00 24
Verlagsanstalt: Oppeln 10, Grosse Str. 10, Tel. 22 00 24
Verlagsanstalt: Posen 10, Grosse Str. 10, Tel. 22 00 24
Verlagsanstalt: Radom 10, Grosse Str. 10, Tel. 22 00 24
Verlagsanstalt: Warschau 10, Grosse Str. 10, Tel. 22 00 24
Verlagsanstalt: Zelenka 10, Grosse Str. 10, Tel. 22 00 24

Erfämpft den Roten Oktober Österreichs

Aufruf der Konstanzer Konferenz

An die Internationale Arbeiterschaft!

Vor dem gesamten europäischen Proletariat steht eine große Gefahr:

In Österreich droht die faschistische Diktatur

Offen rüstet die Bourgeoisie, gestützt auf Heimwehrverband und Staatsapparat, zu ihrer Ausrichtung. Die nächsten Wochen, die nächsten Tage schon sollen die Entscheidung bringen. Der Kampf der Klassen in Österreich hat bereits die Formen des Bürgerkrieges angenommen, und jeder Tag kann entscheidende Kämpfe von größtem Ausmaß bringen. Furchtbar ernst ist die Gefahr, die vor dem österreichischen und internationalen Proletariat steht.

Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Österreich würde nicht nur die blutige Niederwerfung der österreichischen Arbeiterklasse und ihre bis auf äußerste gesteigerte Ausplünderung und Ausbeutung durch das Finanzkapital bedeuten; sie würde auch die schwersten Folgen für die Arbeiterschaft in allen anderen Ländern haben. Die faschistische Offensive in Deutschland, der Tschechoslowakei und in den anderen kapitalistischen Ländern würde durch einen Sieg des Faschismus in Österreich einen gewaltigen neuen Anstoß bekommen. Eine faschistische Diktatur in Österreich würde bedeuten, daß der Ring der reaktionär-faschistischen Staaten um die Sowjetunion geschlossen wäre, und ein faschistisches Österreich in einem Block dieser faschistischen Staaten wäre ein bedeutender Schritt näher zum imperialistischen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion.

Angesichts einer so ersten Gefahr für die österreichische und internationale Arbeiterklasse gilt es, alle Kräfte anzuspinnen, um gemeinsam mit der österreichischen Arbeiterklasse alles zu tun, die faschistischen Diktaturbestrebungen zu verhindern, den Faschismus niederzuringen und den Sieg der Arbeiterklasse in Österreich über den Faschismus zu erringen. Diese Aufgabe kommt nicht nur der österreichischen Arbeiterklasse zu, der Kampf gegen die drohende faschistische Diktatur in Österreich ist

Sache und Aufgabe des internationalen Proletariats,

vor allem des der Nachbarländer.

Die österreichische Arbeiterklasse hat die Gefahr erkannt, die sie unmittelbar bedroht, und allerorten gibt es in Österreich eine mächtige Abwehrbewegung gegen den Faschismus durch die Arbeiterklasse. Kein Tag, an dem es nicht zwischen den empörten Arbeitern und den Faschisten zu Zusammenstößen kommt. Der bewaffnete Kampf zwischen den Arbeitern und den bewaffneten Faschisten in St. Lorenzen hat bewiesen, welche revolutionäre Widerstandskraft in der österreichischen Arbeiterklasse vorhanden ist. Eine Welle von Streiks mit antifaschistischen Forderungen geht durch das Land. Überall findet der Ruf nach Bewaffnung der Arbeiterklasse ein lebhaftes Echo. Die Arbeitermassen drängen zur Gegenoffensive gegen den Faschismus, und gerade auch deswegen bereitet sich die Bourgeoisie so sehr, die faschistische Diktatur aufzurichten. Die österreichische Arbeiterklasse ist nicht gesonnen, sich dem Faschismus zu unterwerfen, und ist bereit, mit allen Mitteln zu kämpfen.

Der Kampf zwischen den Klassen in Österreich nimmt mit jedem Tage schärfere Formen an und steigert sich bis zum Klassenkampf in seiner schärfsten Form: der bewaffneten Auseinandersetzung, dem Bürgerkrieg. Diese Kämpfe stellen die Klassen unvermeidlich vor die Machtfrage. Der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Faschismus hat heute schon in Österreich die Machtfrage aufgerollt. Die Entwicklung der Geschichte stellt mit eherner Gewalt die Frage auf die Tagesordnung:

Diktatur des Faschismus oder Diktatur des Proletariats?

Die einzige Frage ist nur noch die, ob das Proletariat sich der Diktatur des Faschismus unterwirft oder im entschlossenen Kampf die faschistischen Diktaturbestrebungen der Bourgeoisie zu verhindern macht und seine eigene Macht errichtet. Einen anderen Ausweg gibt es nicht.

Diesen Weg aber schickt sich die österreichische Arbeiterklasse, die schon in mehreren großen Kämpfen, vor allem in dem denkwürdigen Juli-Aufstand 1927, ihre revolutionäre Kraft erwiesen hat, an, zu gehen. Hier liegt der Weg zum Siege. Auf ihm muß die österreichische Arbeiterklasse mit aller Entschiedenheit weiterstreiten.

Der Zusammenstoß der Klassen in Österreich zeigt in seiner ganzen Schärfe die sozialverräterische Rolle der Sozialdemokratie auf. Der Weg Otto Bauers sollte zum Sozialismus führen — heute kann jeder Arbeiter sehen, daß dieser Weg nur zum Faschismus führt. Hat der Austromarxismus bereits am 15. Juli 1927 seinen Bankrott erwiesen, so hat sich nachher die Entwicklung der „linken“ österreichischen Sozialdemokratie zum Partieren mit dem Faschismus und weiter dann zum Sozialfaschismus mit großer Geschwindigkeit vollzogen. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs läuscht auch jetzt einen Scheinkampf gegen den Faschismus vor, der aber nur noch ein Streit zwischen zwei Fraktionen

der Bourgeoisie, zwischen zwei Spielarten des Faschismus darstellt. Denn

auch die österreichische Sozialdemokratie ist bereit, zu faschistischen Verfassungsänderungen, zur faschistischen Diktatur,

und ist nur bestrebt, diese Entwicklung nach außen hin unter möglicher Wahrung des Scheins der „Demokratie“ und „Gesetzlichkeit“

zu vollziehen. Ihre ganze Tätigkeit geht nur darauf hinaus, die Arbeiterschaft, die im Kampfe gegen den Faschismus steht, zu entwaffnen, und offen erklärt sie ihre Bereitschaft, in einer Diktatur des Faschismus, die „demokratische“ Neukerlichkeiten wagt, ihre sozialfaschistische Rolle gegen die Arbeiterschaft mitzuspielen.

Wir wissen, daß die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter in Österreich diese sozialfaschistische Politik ihrer Führer und Partei nicht mitmachen werden. Die kommenden schweren Kämpfe

Kommunistische Reichstagsfraktion gegen Unterstützungsraub

Am 30. September tritt der Reichstag wieder zusammen, um in kurzer Sitzungsperiode alle vom Arbeitsminister Wiffell vorgeschlagene Abbaumaßnahmen an der Arbeitslosenversicherung durchzusetzen. Die kommunistische Reichstagsfraktion, die bisher schon in den Ausschüssen durch ihre Vertreter den entschiedensten Kampf sowohl gegen den indirekten wie den direkten Abbau der Arbeitslosenunterstützung führte, wird die kommende Reichstags-Sitzung dazu benutzen, nicht nur den Unterstützungsraubern demonstrierend entgegenzutreten, sondern auch in eigenen Anträgen die lebensnotwendigen Forderungen der Arbeitslosen aufzustellen. Die kommunistische Fraktion wendet sich mit aller Schärfe gegen jede einzelne von der Koalitionsregierung vorgeschlagene Verschlechterung der schon ohnehin traurigen Lage der Arbeitslosen. Besonders wird unsere Fraktion den Kampf führen gegen folgende in der Regierung geplanten Verschlechterungen:

1. Den allgemeinen Leistungsabbau,
2. die Erhöhung der Beiträge für alle Erwerbslosen,
3. die besondere Erhöhung der Beiträge für die Saisonarbeiter,
4. die Verlängerung der Karenzzeiten bis auf drei Wochen,
5. die Verlängerung der Anwartschaft,
6. die Verlängerung der Sperrzeiten,
7. die Ausschaltung der Heimarbeiter aus der Versicherung,
8. die Einführung eines Spitzelsystems gegen die Erwerbslosen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion wird nicht damit begnügen, gegen all diese Verschlechterungen zu kämpfen. Bereits seit Jahren fordert die kommunistische Reichstagsfraktion einen sozialen Ausbau der Arbeitslosenfürsorge, und hat auch jetzt in Anträgen zu den vorliegenden Gesetzentwürfen wiederum folgende Forderungen erhoben:

1. Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden, Verbot für Überstundenleistungen.

2. Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind durch die Unternehmer im Umlageverfahren zu erheben. Im Falle der Ablehnung: das Reich übernimmt die Ausgleichskasse zur Deckung des Defizits der Reichsbank durch Erhöhung der Pensionen für Generale, Offiziere und Minister.

3. Aufhebung des jetzigen Klassensteuersystems und eine sofortige Erhöhung der Unterhaltungsätze, und zwar in Städten über 10 000 Einwohner und industriellen Gebieten für die Hauptunterstützungsempfänger auf 22 Mark und die unterhaltungsberechtigten Angehörigen auf 4 Mark. In ländlichen Gebieten und in Kleinstädten auf 20 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger und auf 3,50 Mark für jeden unterhaltungsberechtigten Angehörigen.

4. Jugendliche erhalten 60 Prozent des Hauptunterstützungsempfängers.

5. Unterstützung wird gezahlt vom Tage der Arbeitslosigkeit bis zum Antritt eines neuen Arbeitsverhältnisses.

6. Niederschlagung aller aus Wohlfahrtsmitteln gezahlten Unterhaltungen.

Als Redner hat die kommunistische Fraktion die Genossen Käbel, Jaddasch, Schröter, Schumann und die Genossin Trendelenburg bestimmt.

Die Fronten werden also auch bei den kommenden Reichstagsberatungen klar gezeichnet sein. Alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, sind sich im Prinzip über den Unterstützungsraub einig. Die Kommunisten allein wenden sich gegen alle Verschlechterungen und vertreten in ihren Anträgen die notwendigen Forderungen der Arbeitslosen. Es wird jetzt Sache aller Arbeitslosen und der noch im Betriebe stehenden Arbeiter sein, den Kampf der kommunistischen Reichstagsfraktion durch Massenaufmärsche und Proteststreiks zu unterstützen.

Der Justizfeldzug gegen die kommunistische Presse



Gegen den Genossen Erich Birkenhauer, der leitzte die kommunistische Parteipresse verantwortungselbst übernahm, laufen mehrere

Hochverratsprozesse. Der Oberreichsanwalt hat bereits für den 11. Oktober einen Prozeß in Leipzig anberaumt. Die Anklage gegen Genossen Birkenhauer stützt sich auf die im Mai und in den folgenden Monaten im „Ruh-Roh“ erschienenen Artikel, die zum Sturze des Jürgelbischen Bluthsystems und der jetzigen Regierung aufforderten. Ein Anklagematerial im Umfange eines kleinen Buches liegt vor.

Gegen den Genossen Kropf hat der Reichsanwalt gleich summarisch wegen sieben Artikeln in der kommunistischen Parteipresse die Hochverratsanklage erhoben. Durch die klare revolutionäre Sprache in den Berichten über den 12. Parteitag steht der Reichsanwalt die staatliche Sicherheit und „Ordnung“ gefährdet und wird deshalb Terrormaßnahmen gegen die kommunistische Presse ergreifen.

Wegen der Propaganda zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die besonders scharf in der Nummer vom 1. August geführt wurde, hat die Reichsanwaltschaft auch gegen den Genossen Serwe ein Hochverratsverfahren eingeleitet. Sogar die Propagierung des „Kampfes gegen den Klassenfeind und Sozialfaschismus“ wird von dem Reichsanwalt als strafbare Handlung verfolgt, besonders aber auch die Aufforderung an das Proletariat — ein neues imperialistisches Völkermorden durch Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu verhindern.

Dem Genossen Weilaue von der Offener Arbeiterkammer wurde wegen angeblicher Verbreitung der vom Genossen Kemmle geschriebenen Broschüre „Die Lehren des Berliner Blutmai und das drohende Verbot der SPD.“ ein Hochverratsprozeß angehängt.

Die Antwort auf diese Welle von Hochverratsprozessen muß eine härtere Werbung für die kommunistische Presse sein.

werden die Sozialdemokraten an der Seite der Bourgeoisie finden, aber dreizehnhundert Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und des Schutzbundes werden in der revolutionären Kampffront gegen den Faschismus kämpfen. Sie werden ihre härteste Unterstützung und einzige Führung von der kommunistischen Partei Österreichs bekommen.

Wir rufen den österreichischen Arbeitern zu, daß der Sieg über den Faschismus für sie unmöglich sein wird, wenn sie nicht gleichzeitig mit aller Schärfe auch gegen den Sozialfaschismus kämpfen.
Werkstätige Bauern! Der Faschismus laßt auch in seine Reihen. Aber euer Interesse ist nicht mit den feilschenden und gräßlichen Großgrundbesitzern, den kaiserlichen Offizieren, den Pfaffen und Böhren. Euer Interesse ist im gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern gegen den Faschismus.

Die österreichische Arbeiterklasse hat in ihrem Kampf gegen die faschistische Diktatur nur einen Führer, die mächtige kommunistische Weltpartei und ihre österreichische Sektion, die einen entschiedenen und tapferen revolutionären Kampf gegen den Faschismus und seinen sozialfaschistischen Helfer führt. Um die APOe. gilt es sich zu scharen. Organisation der kämpfenden Massen zur Gegenoffensive gegen den Faschismus, das ist heute das Gebot der Stunde.

Die Bewaffnung des Proletariats ist eine unmittelbare Aufgabe. Gegen die Heimwehren und den Faschismus darf die Arbeiterklasse nicht auf den sozialfaschistischen Schutzbund vertrauen. Daraus aus dem Schutzbund, und hinein in die Arbeiterwehr, rufen wir den Klassenbewußten österreichischen Arbeitern zu:

Albet proletarische Selbstschutzhformationen in den Betrieben!

Verleitet die Bildung einer Arbeitermiliz im Kampf um die Nacht vor.

Rücksichtslose Offensive gegen den Faschismus ist das Gebot der Stunde. Kampf in den Betrieben, heraus auf die Straße, so ergeht jetzt der Ruf an die Arbeiter. Verjagt die Faschisten aus den Betrieben, erobert trotz allem Terror des Faschismus und des staatlichen Machtapparates der faschistischen Bourgeoisie die Straße. Zur Organisierung des Kampfes benötigt das Proletariat Zentren und Kampfleitungen des Widerstandes. Daher sind antisfaschistische Komitees in den Betrieben und ihre örtliche und zentrale Zusammenfassung notwendig, ist die Schaffung eines Netzes von revolutionären Vertrauensmännern in den Betrieben eine dringende Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks.

Arbeiter- und Bauernjugend! In diesem Kampf ist dein Platz in der ersten Reihe!

Gegen den Faschismus hat die Arbeiterklasse eine mächtige Waffe, die sie mit aller Entschiedenheit anwenden muß. Es ist der politische Massenstreik, der Hand in Hand geht mit den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter gegen die Faschisten.

Jeder Tag kann die Verschärfung und Ausbreitung der Kämpfe bringen. Nehmen die Klassenkämpfe entscheidende Formen an, kommt es zu den entscheidenden Kämpfen des Bürgerkrieges, was schon in der allerersten Zeit möglich, ja wahrscheinlich ist, dann heißt es auch mit aller Entschlossenheit den Weg des Kampfes gegen den Faschismus weiterzugehen. Dann Erweiterung des Kampfes zum Generalstreik und bewaffneten Aufstand gegen den Faschismus zum Kampf um die Macht, zur Niederschmetterung des Faschismus und zur Errichtung der Macht der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats im Bündnis mit den werktätigen Bauern. Wenn auch die SPÖ. mit bombastischen Phrasen und demagogischen Redensarten über 1919 als Muster im Kampf gegen die faschistische Diktatur lobt, so rufen wir euch zu: **Der Weg, den ihr zu gehen habt, und**

euer Vorbild ist die proletarische Revolution 1917!

Das österreichische Proletariat kann in seinem schweren und heldenmühen Kampf der brüderlichen und solidarisch tätigen Unterstützung der Arbeiterklasse aller Länder, vor allem der Arbeiterklasse der Nachbarländer, gewiß sein. Die Konferenz der mitteleuropäischen kommunistischen Parteien hat beschlossen, sofort mit einer intensiven Aktion in den Massen der Arbeiterklasse zur Organisierung und solidarischen Unterstützung der österreichischen Arbeiterklasse gegen die drohende faschistische Diktatur einzusetzen. Diese Aktion hat bereits begonnen.

Es soll jetzt ein intensiver Versammlungsum in den Betrieben und durch öffentliche Versammlungen und Kundgebungen für die österreichischen Arbeiter beginnen. Wir rufen die Arbeiter aller Länder auf, mit vollen Händen

für den Fonds zum Kampfe gegen den österreichischen Faschismus

zu spenden. Es ist der Wille der kommunistischen Weltpartei, das revolutionäre Proletariat Österreichs in seinem schweren Kampfe, und dessen Vortrupp und Führung, die kommunistische Partei Österreichs, auf jede Weise zu unterstützen und zu kräftigen. Die kommunistische Internationale erklärt den Kampf der österreichischen Arbeiter gegen den Faschismus zu ihrem Kampf.

Wir rufen die Arbeiterklasse aller Länder auf, sich bereitzuhalten, im Falle einer weiteren Verschärfung — und das kann jeden Tag eintreffen — zum wirksamsten Mittel der Massenaktion (Solidaritätsstreiks usw.) zu greifen.

Der Entscheidungskampf gegen die faschistische Diktatur in Österreich hat begonnen. Die österreichische Arbeiterklasse muß den Faschismus im revolutionären Kampfe niederringen. Die ganze internationale Arbeiterklasse kämpft mit ihr.

Konstanz, 18. September 1933.

- Nieder mit der faschistischen Diktatur!
- Nieder mit den sozialfaschistischen Helfern des Faschismus!
- Es lebe der revolutionäre Kampf und Sieg der österreichischen Arbeiterklasse!
- Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!
- Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Das Westeuropäische Büro der Kommunisten / Kommunistische Partei Deutschlands / Kommunistische Partei Österreichs / Kommunistische Partei der Tschechoslowakei / Kommunistische Partei Italiens / Kommunistische Partei Jugoslawiens / Kommunistische Partei Ungarns / Kommunistische Partei der Schweiz / Kommunistische Balkanföderation / Kommunistische Jugendinternationale / Note Gewerkschaftsinternationale / Roter Frontkämpferbund Deutschlands

Heimwehrfaschisten werden verprügelt

Wien, 21. September. (Eig. Bericht.) Gestern kam es in Wien und in Graz zu Zusammenstößen zwischen Heimwehrleuten und Arbeitern. In Graz wurde eine Arbeiterführung in provokatorischer Absicht von einer Fahnenweiche lösend in voller Ausbreitung ein Zug Heimwehr. Die Bewohner der Siedlung bewarfen die Heimwehrleute in ihrer Empörung mit Steinen, worauf die Faschisten zahlreiche Schüsse gegen die Arbeiter abfeuerten. Die Arbeiter liegen nun dadurch nicht einschüchtern, berprügelt eine

Nur hundertprozentiger Faschismus gilt als Reichswehreffähig

Ein „Beschwerdebrieff“ von General Sebe

Berlin, 21. September. Die „Krote Fahne“ legt ihre Enthüllungen gegen das Reichswehrministerium fort. Sie veröffentlicht gestern den Brief eines hohen ostpreussischen Reichswehroffiziers an den Chef der Heeresleitung, General von Sebe. In diesem Briefe beschwert sich der betreffende Reichswehroffizier, daß der Generalstabschef des Wehrkreiskommandos in Ostpreußen, Oberst v. Bonin, Verbindungen mit „Antikreisen“ unterhalte, daß er Juden und Judengenossen nachlaufe, daß sein Vertrauensmann zu einer Versammlung des Generals Schönaich eingeladen habe, daß er in die „Offiziersarbeitsgemeinschaften der Kreise“ Vertreter der „Antiken“ mit hineinnehmen wolle. Von Bonin gelte als Vertreter die „Antiken“ in der „Antiken“, man müsse die Aufmerksamkeit einer gewissen hohen Persönlichkeit (Hindenburg, D. Red.) auf die Sache lenken. Notwendig sei für die Reichswehr besonders die Fühlung mit dem Lande. Zum Schluss sagt der Briefschreiber, daß er eine Intrige spinnen müsse, da wir noch in der Revolution leben und besondere Zeiten besondere Mittel erfordern.

Das Schreiben beweist, daß die Reichswehr die engste Fühlung mit dem Lande, d. h. mit den rechtspolitischen „Kriegsarbeitern“ unterhält, daß besondere „Offiziersarbeitsgemeinschaften der Kreise“ bestehen, denen Zivilpersonen angehören, die sich mit militärischen Fragen beschäftigen. Die sogenannten Republikaner der Reichswehr, gegen die sich der Briefschreiber wendet, sind genau solche eingetragenen Militäristen wie die anderen. Sie wollen mit den „Antikparteien“, worunter alles zu verstehen ist, was nicht deutschnational oder völkisch ist, Geschäfte für den Militarismus machen.

Trotz der reaktionären Rolle auch der sogenannten Reichswehrrepublikaner wird in den höchsten Offizierskreisen der Reichswehr

gegen jeden Intelligenz, der den faschistischen Kurs nicht bedingt gunglos mitmacht. Die „Krote Fahne“ fragt, ob vom Reichswehrminister gegen den Briefschreiber wegen dieser Intrigen vorgegangen werden wird. Es wird nicht geschehen!

Die Abendpresse von gestern bringt an führender Stelle Auszüge aus dem sensationellen Brief über die geplante Abfertigung des Obersten von Bonin. Besonders große Verlegenheit herrscht in der demokratischen Presse. An der Spitze des Briefes waagt man nicht zu zweifeln und gesteht kleinlaut ein, daß die Zustände für einen „republikanischen Offizier“ in der Reichswehr besonders schwierig sind. Der „Abend“, „Vorwärts“ beantragt die Enthüllungen der „Krote Fahne“, um daraus eine mit dreispaltiger Überschrift versehenen Spalte zu verfertigen. Während die demokratische Presse sich wenigstens kleinlaut verhält, benutzt der „Abend“, „Vorwärts“ die Veröffentlichungen der „Krote Fahne“, um sozusagen einen Sieg des republikanischen Gedankens innerhalb der Reichswehr aus dieser Veröffentlichung abzuleiten. Er triumphiert nämlich darüber, daß trotz der Intrige gegen den Obersten von Bonin dieser Offizier immer noch seine Funktion in Königsberg inne habe. Wörtlich schreibt das Blatt: „Wenn Oberst von Bonin trotz seines Verleches mit Republikanern... an so exponierter Stelle bleiben konnte, so ist das immerhin, an früheren Zuständen gemessen, schon ein Fortschritt.“

Mit dieser lüderlichen Selbstzufriedenheit glaubt das Stamper-Organ die sozialdemokratischen Arbeiter beruhigen und für eine weitere Propaganda für die Reichswehr einzufangen zu können

Erhardt, Stresemann und Göring einig gegen die Sowjetunion



Männer

gegenüber den — sehr vorsichtigen — Ablehnungsversuchen eines Teiles (nicht aller) Betroffenen, setzt „Der Jungdeutsche“ seine Enthüllungen über die Zusammenarbeit deutschnationaler Führer mit französischen Regierungsvertretern zum Zwecke des Abschlußes eines Militärabkommens gegen die Sowjetunion fort. Namentlich werden genannt: der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Trebrantz, der Stahlwerksdirektor von Lüben, Leben, der Landwunddirektor Kriehheim und das deutschnationale Parteivorstandsmitglied Abgeordneter von Lindner-Wildau. Dazu kommen noch aus dem „unabhängigen“ faschistischen Lager die Herren von Gleichen und — Kapitän Erhardt, das Oberhaupt der faschistischen Sprengstoffgesellschaft. Man sieht: es waren buchstäblich sämtliche politischen und wirtschaftlichen Organisationen der ausgeprochenen Rechtsparteien vertreten. Sie alle haben gemeinsam den Abgeordneten Voincaré das Kriegsbündnis des „nationalen“ Deutschlands gegen die Sowjetunion angeboten.

„Der Jungdeutsche“ denkt natürlich, wie er auch ausdrücklich betont, nicht daran, sich gegen die Pläne eines Kriegsbündnisses gegen die Sowjetunion abzugrenzen. Er billigt sie ausdrücklich und befreit — mit Recht — die Berechtigung der Deutschnationalen, dem „Jungdo“ wegen Dingen, die sie selbst mitgemacht haben, „Landesverrat“ vorzuwerfen. Aber es handelt sich durchaus nicht nur um ein Verhältnis zwischen „Jungdo“ und Deutschnationalen, zwischen Kall und Schwerindustrie — die Kreise gehen weiter; wir erinnern nur an die Erklärung des in den letzten Enthüllungen erwähnten Generalleutnants von der Lippe:

„Ich habe über meine Pariser Unterredungen mit französischen und englischen (!) Staatsmännern nicht nur gemeinsam mit Herrn Arnold Reckberg, den deutschen Botschafter in Paris, von Hoefel, eingehend informiert, sondern nach meiner Rückkehr in Berlin auch dem Staatssekretär vom Auswärtigen

Ant, Herrn von Schubert. Auch habe ich mich vor meiner Abreise nach Paris der Zustimmung deutscher offizieller Persönlichkeiten und führender Politiker zu meinen Absichten vergewissert.“

Hier haben wir die authentische Bestätigung für die Mitverantwortung der Koalitionsregierung für die Pariser Verhandlungen, die eingestandenermaßen die militärische Organisierung des Antisowjetkrieges gegen Rückgabe des Danziger Korridors an Deutschland bezweckten. Vielleicht wird die Sozialdemokratie auch jetzt noch versuchen, die Verantwortung auf „unverantwortliche Elemente im Auswärtigen Amt“ oder sonst irgendwelche Sündenböcke abzuschieben, ihr altes Märchen zu wiederholen, wonach sie „nur mit geistigen Waffen“ Sowjetrußland bekämpften, wie es unterhaltenberweise übrigens auch die Deutschnationalen verstanden (so Herr Klobner in einer Erklärung an das „Berliner Tageblatt“). Die dem lächerlichsten Geschwätz halten wir entgegen einen redaktionellen Artikel des „Reichsbanners“ vom 21. September, wo gegen den „Jungdo“ Stellung genommen wird, weil er — die Antisowjetfront nicht genügend stärke! Es heißt dort:

„Nach unserer Auffassung ist... eine besondere Gefahrenquelle des Bolschewismus darin zu erblicken, daß mit der gewalttätigen Herauslösung des an sich außerordentlich ertrag- und aufnahmefähigen gewaltigen russischen Wirtschaftsgebietes aus der Weltwirtschaft deren Wirtschaftskreislauf, ganz besonders aber der Blutkreislauf der nächstgelegenen Teile des weltwirtschaftlichen Organismus geschwächt, ja teilweise geradezu gelähmt und vergiftet wird. Solche Gefahr wird weiter gesteigert, wenn ihr gegenüber eine Perispirationpolitik getrieben wird.“

Dem „Jungdo“ wird dann vorgeworfen, daß er durch seine antipolitische Haltung die Antisowjetfront schwäche, und zum Schluß wird noch ausdrücklich auf das Beispiel Georgiens als Muster für einen möglichen „Verteidigungskrieg“ gegen den Bolschewismus hingewiesen. Anverhört wird es hier ausgedrückt: Das Reichsbanner, das sich in dem Artikel weiter unten noch ausdrücklich für Zusammenarbeit mit französischen Verbänden bekennet, strebt eine gewalttätige Erschießung des russischen Marktes mittels eines „Verteidigungskrieges: Kontinental-Europas“ an.

Die Karten liegen offen: Alle Gruppierungen des bürgerlichen Deutschlands, von der Bombenwerfergruppe Erhardts bis zu der von ihr angeblich bekämpften Sozialdemokratie, erweisen sich als Organisatoren des Antisowjetkrieges. Die Lage ist ungeheuer ernst — es gilt, die rote Kampffront zur Verteidigung des Vaterlandes aller Wertaktigen zu organisieren!

entwurf wieder auf, und zwar beim Abschnitt „Zweitkampf“. Genosse Dr. Alexander beantragte, an Stelle des § 27 des neuen Strafgesetzbuches, der nur in sehr unvollständiger Weise das Duell unter Strafe stellt, und der den feudalen Studentenorganisationen es immer noch gestattet, dem Duell-Umwesen zu frönen, folgende Fassung des § 27. Wer bei einem Zweitkampf mit Waffen den Gegner tödtet oder körperlich verletzt, wird nach den Vorschriften über Tötung wegen Körperverletzung bestraft.

Neuwahlen in der Zichhof'owafel
 III. Prag, 25. September. Die Entscheidung über die Frage, ob Neuwahlen erfolgen sollen oder nicht, ist am Dienstag gefallen. Die Auflösung der Nationalversammlung steht unmittlbar bevor und ist bis zum Schluss der Woche zu erwarten. Der Wahltermin wird amtlich erst mit der Auflösungsverfügung bekanntgegeben.

Zichangfische! hängt Todesurteile
 III. Peking, 21. September. Das oberste Gericht der chinesischen Republik hat gegen den Führer der Aufständischen in der Provinz Suipe, General Tschangsa, zwei, einen Steckbrief erlassen, in dem auf den Kopf des Generals eine Belohnung von 15.000 chinesischen Dollars ausgesetzt wird. Zichangfische! ist vom obersten Gericht wegen Hochverrat in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Weiter fünf Generäle, die Zichangfische! in seinem Kampf gegen die Nanjing-Regierung unterstützt haben, degradiert und aus dem Dienst der chinesischen Armee entlassen worden.

Wie verlautet, sind auch in Chinesisch-Turkestan Unruhen ausgebrochen. Aufständische hätten versucht, die Stadt Kashgar zu besetzen. Den Nanjing-Truppen sei es jedoch gelungen, die Aufstandsbewegung zu unterdrücken.

Die Nazis schieben

In Saarbrücken kam es anlässlich einer von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern. Von seiten der Nationalsozialisten wurden mehrere Schüsse abgefeuert, wodurch drei Personen verletzt wurden. Außerdem erlitten mehrere Personen Schlag- und Stichverletzungen. Ein Heberfallkommando der Polizei nahm den Nationalsozialisten Schutzwachen, Schlagringe und Stöcke ab. Außerdem nahm die Polizei eine Reihe von Verhaftungen vor. Die Nationalsozialisten wurden darauf in die Enge getrieben, daß sie unter polizeilichem Schutz nach Saarbrücken zurückgeleitet werden mußten.

Kommunistischer Antrag zum Duell-§ 27

Berlin, 21. September. Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm am Dienstag keine Beratungen über den neuen Strafgesetz-

Massenstreik gegen Unterstützungsraub!

Erwerbslose! Betriebsarbeiter!

Der Reichsrat hat am 16. September in seiner öffentlichen Sitzung die Vorlage über den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und die Beitragserhöhung beschlossen. Alle Vertreter derjenigen Länderregierungen, in denen die Koalitionsparteien das Reichsamt nicht beherrschten, haben für die Vorlage gestimmt. Damit ist der Öffentlichkeit gegenüber ganz klar zum Ausdruck gebracht worden, daß dieselben Parteien der Vorlage auch im Reichstage zustimmen werden.

Was hat der Reichsrat beschlossen?

Die Beiträge werden allgemein auf 3/4 v. H. des Lohnes — bei den Saisonarbeitern sogar auf 1/2 v. H. — erhöht.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt kann den Beitrag der Saisonarbeiter auch für andere Berufsgruppen festlegen!

Der Personenkreis der Unterstützungsempfänger wird eingeschränkt. Gelegenheits- und Heimarbeiter werden spätestens innerhalb eines Jahres ausgeschlossen.

Lehrlinge müssen 12, statt wie bisher, sechs Monate Beiträge leisten und mindestens sechs Mark verdienen, um Anwartschaft auf Unterstützung zu erwerben.

Bei Heimarbeitern gilt nur das Familienoberhaupt als Hauptunterstützungsempfänger.

Die Sperre bei „selbstverschuldeten“ Arbeitslosigkeit wird von vier auf 13 Wochen verlängert, und kann bis auf sechs Monate ausgedehnt werden.

Saisonarbeiter erhalten während berufstätiger Arbeitslosigkeit nur die Unterstützungssätze der Krisenfürsorge.

Allen Arbeitslosen unter 45 Jahren ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen wird, wenn sie innerhalb der letzten zwei Jahre nicht mehr als 52 Wochen versicherungspflichtig beschäftigt

waren, ebenfalls nur die Unterstützung der Saisonarbeiter gezahlt.

Die Wartezeit wird für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen auf zwei Wochen verlängert. Saisonarbeiter müssen sogar eine Wartezeit von drei Wochen durchmachen.

Die Beschäftigungsprüfung für den Bezug der Unterstützung wird eingeführt durch den neuen Paragraphen Nr. 80a. Dazu werden besondere Prüfer und Kontrolleure eingestellt, die sogar die Familienverhältnisse der Erwerbslosen nachschauen sollen!

Das Berufsrecht wird eingeschränkt und erschwert.

Trotz aller Ablenkungsmanöver der SPD-Presse werden die sozialdemokratischen Partei- und A.D.B.-Führer den Raub auf die Taschen der Erwerbslosen und Arbeiter mitmachen. Ihre Vertreter im Reichsamt und in den verschiedenen Länderregierungen haben im Reichsrat für den Abbau der Unterstützung und für die Beitragserhöhung gestimmt.

Kein Arbeiter, kein Erwerbsloser wird deshalb auf die täglichen Lügen der sozialdemokratischen Presse hereinfallen.

Schon hat die Abwehraktion der Proletarier eingeleitet. In Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen wurden Gewerkschaftsführer, die mit frecher Stirn ihre Verbrechen vor den Arbeitern verteidigen wollten, zum Laufen gejagt.

Bauarbeiter und Delegierte der Betriebsarbeiter und die Erwerbslosen haben Kampfbeschlüsse gefaßt. Mit dem

politischen Massenstreik soll bei Beginn der Reichstagsberatung

der Kampf der Erwerbslosen unterstützt werden. Die Beschlüsse zeigen, daß die Arbeitenden die politische Bedeutung des reaktionären Vorstoßes auf die Arbeiterklasse erkennen und mit politischen Maßnahmen beantworten.

Betriebsarbeiter!

Schließt euch diesen Beschlüssen an! Führt einen entscheidenden Schlag gegen die Unternehmer und die Sozialdemokratie!

Erlämpft euch höhere Löhne und den Siebenstundentag!

Verlaßt die Betriebe am Tage der Reichstagsöffnung und demonstriert gemeinsam mit den Erwerbslosen für folgende Forderungen:

Gegen jede Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung und Erhöhung der Beiträge. Für ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen für die ganze Dauer ihrer Arbeitslosigkeit auf Kosten der Unternehmer!

Für Arbeitsbeschaffung:

Reich, Länder und Kommunen müssen Mittel bereitstellen für den Bau von Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern, Verkehrswegen, Kanalkonstruktionen und Straßenregelungen, Meliorationen.

Verbot jeder Überstunde. Einführung des Siebenstundentages und der Sechsstundenschicht im Bergbau unter Tage und anderen gesundheitsgefährlichen Betrieben. Beseitigung der Notstands-, Hilfs- und Hilfsarbeit, dafür Einstellung der Erwerbslosen als Vollarbeiter zu tariflichen Löhnen. Vermittlungszwang aller offenen Arbeitsplätze.

Für höhere Unterstützung:

Beseitigung der Unterstützungsstufen 1 bis 7, Zahlung der Unterstützung von Klasse 8 an.

Beseitigung der Anwartschaftsbauer und der Wartezeit.

Zahlung der Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

Beseitigung der Straf- und Sperrbestimmungen, Schaffung von örtlichen Kontroll- und Zahlstellen.

Für Unterstützung durch die Kommunen:

Lieferung von Nahrungsmitteln und Milch für Kinder auf Kosten der Kommunen.

Abgabe von Lebensmitteln, Brennstoffen, Strom und Gas zu ermäßigten Preisen.

Erlaß der Hauszinssteuer und anderer Gemeindeabgaben.

Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse als Vertreter der Erwerbslosen in allen ihren Angelegenheiten auf den Wohlfahrtsämtern, den Arbeits- und Landesarbeitsämtern.

Reichsausschuß der Erwerbslosen

Einstimmig für den Unterstützungsraub

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Der in der Vollziehung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 20. September einstimmig gefaßte Beschluß enthält die Zustimmung zum Unterstützungsraub. Freilich ist der Beschluß so verschönert wie nur irgend möglich formuliert. Denn die Arbeitermassen sollen ja bis zur endgültigen Abstimmung im Reichstag über die tatsächliche Haltung der SPD. getäuscht werden. Solange soll die Front gegen den Abbau möglichst geschwächt werden. Nach vollzogenem Verbrechen müßten dann die SPD-Führer höhnisch darauf hinweisen, daß sie ja schon am 20. September ihre Zustimmung zu den Abbaivorlagen erklärt haben.

Diese Zustimmung enthält der Beschluß der SPD. in der Tat. Der erste Absatz des Beschlusses lautet:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht in den tatsächlichen Erhebungen und Feststellungen des Sachverständigenausschusses für Arbeitslosenversicherung eine Bestätigung ihrer wiederholt bekundeten Auffassung, wonach die Beseitigung der nachweisbar bestehenden Mißbräuche und eine bestmögliche Beitragserhöhung in Verbindung mit einer sozialen Neuregelung der Saisonarbeiterunterstützung die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung ermöglichen, ohne daß eine allgemeine sozialpolitisch unerträgliche Verschlechterung der Versicherungsleistungen vorgenommen wird. Sie stimmt deshalb den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages so weit zu als sie diesen Rahmen einer Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes nicht überschreiten.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nennt also zunächst die Ausnahmebehandlung der Saisonarbeiter, die Herabsetzung der Unterstützung auf die Höhe der Krisenfürsorge, die ein- bis dreiwöchige Wartezeit usw. eine „soziale Neuregelung der Saisonarbeiterunterstützung“. Wenn das nicht ein Hohr ist! Tatsache ist, daß es vor allem die SPD-Führer sind, die auf eine Ausnahmebehandlung der Saisonarbeiter hinarbeiten. Wenn in dem Beschluß ferner gesagt wird, daß die SPD. „der Beseitigung nachweisbar bestehender Mißbräuche“ zustimmen werde, und daß sie die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses billigt, so will sie unter Verufung auf solche behnbare Formulierungen dem Abbau zustimmen.

Im zweiten Absatz des Beschlusses wird den bisherigen Unterhändlern der SPD. der Dank ausgesprochen. Damit wird auch die Haltung der SPD-Minister sowie der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder gebilligt, die bereits der ungeheuerlichen „bestmöglichen“ Kompromißvorlage zugestimmt haben. Ihre Stellungnahme ist also die Stellungnahme auch der gesamten Reichstagsfraktion.

Im letzten Absatz des Beschlusses anerkennt die SPD-Fraktion es als richtig, „die Arbeitslosenversicherung aus eigenen Mitteln zu sanieren“. Wer das will, wer will, daß die Arbeiter aus ihren Löhnen die Mittel aufbringen sollen für die Unterstützung, der infolge der kapitalistischen Rationalisierung immer mehr anwachsenden Arbeitslosenarmee, ferner für die Befolgung der Nachweissbürokratie sowie für die technischen Einrichtungen, der will den radikalen Abbau der Leistungen.

Zum Schluß heißt es dann noch in dem SPD-Beschluß, daß „der Abbau der Steuerlasten nicht durch den Abbau der sozialpolitischen Leistungen des Reiches erlaubt werden dürfe“. Das ist die Zustimmung zu dem Finanzprogramm der Großen Koalition, das darin besteht, die Arbeitslosenunterstützung wie auch die übrigen sozialen Leistungen abzubauen und gleichzeitig die Besitzsteuer zu senken. Die SPD-Fraktion erklärt ihre Zustimmung zu dieser Senkung der Besitzsteuer

Trotz der bewußt schwammigen Formulierungen des SPD-Beschlusses kann also heute jeder Arbeiter sehen, was die SPD. will. Rechte und „linke“ SPD-Führer sind für den Abbau der Arbeitslosenunterstützung. Nach einem mit den bürgerlichen Koalitionsparteien abgetarnten Plan soll der Unterstützungsraub durch den Reichstag gepöpselt werden. Im Vorkommensauschuß des Reichstages erklärte sich die SPD. mit der Durchsetzung der Abbaivorlagen innerhalb dreier Tage einverstanden.

Jetzt darf keine Zeit mehr verloren werden. Der letzte Arbeiter muß aufgerüttelt werden!

Am Tage der Reichstagsöffnung muß durch gewaltige Demonstrationen und Proteststreiks den Unterstützungsraubern ein wichtiger Schlag veretzt werden! Heraus gegen die Unterstützungsräuber!

Erwerbslose schreiben:

Ueber 22000 Erwerbslose in OS.

Für die Zeit vom 16. bis 21. September 1929 gibt die Zweigstelle Oberösterreich des Landesarbeitsamtes Schlieren folgende Ziffern an: Arbeitsuchende in der Berichtwoche 22.056, in der Vorwoche 22.262, im Vorjahr 13.809; Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung in der Berichtwoche 10.905, in der Vorwoche 10.701, im Vorjahr 8.349; Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge in der Berichtwoche 1.972, in der Vorwoche 1.919, im Vorjahr 786; offene Stellen in der Berichtwoche 588, in der Vorwoche 711, im Vorjahr 600; Vermittlungen in der Berichtwoche 1.520, in der Vorwoche 1.575, im Vorjahr 1.752. Abgesehen von dem geringen Sinken der Arbeitsuchendenziffer gestaltete sich die Lage im allgemeinen weiter ungünstiger, besonders in den Augenberufen. Bei Notstandarbeiten werden zurzeit 3.815 (Vorwoche 3.709) Personen

Kreis-Prottestkundgebung in Landeshut

am Tage der Reichstagsöffnung!

Eine von dem Landeshuter Erwerbsloserrat einberufene Kreis-Erwerbslosenkonferenz war außerordentlich gut besucht. Fast alle Orte des Kreises, in denen Erwerbslose vorhanden sind, waren durch Delegierte vertreten. Nach einem Vortrag über die Reform des Erwerbslosenversicherungsgesetzes wurde ein Kreis-Erwerbsloserrat gewählt. Weiterhin wurde beschlossen, am

Tage der Eröffnung des Reichstages einen Kreis-Erwerbslosentag zu veranstalten. An diesem Tage treffen sich sämtliche Erwerbslose des Kreises in Landeshut zu einer Kundgebung, um für ihre Forderungen zu demonstrieren.

Landeshut

Das Interesse wächst

A. R. Während die vorletzte Versammlung der Landeshuter Erwerbslosen nur mäßig besucht war, hatte man bei der letzten Versammlung zu verzeichnen, daß nicht nur ein großer Prozentsatz Frauen amwesend war, sondern daß die Versammlung im Ganzen sich eines guten Besuches erfreute. Es wurde scharf Stellung genommen gegen die Haltung der bürgerlichen und sozialdemokratischen

Beschäftigt. Die Zahl der infolge Ablaufs der Unterstützungshöchstbauer Ausgesteuerten betrug 181.

Vorstehende anklagende Zahlen sind amtlich. Trotzdem diese Zahlen schon sehr hoch sind, werden immer noch nicht alle Erwerbslose von ihnen erfaßt. Noch viel graufiger sind die tatsächlichen Zahlen der Erwerbslosen. Doch auch in einigen Wochen werden selbst die amtlichen Zahlen noch viel übler aussehen. Wenn man das Verhältnis der Zahlen der Arbeitsuchenden und der Unterstützungsempfänger betrachtet, so zeigt sich hier schon ein Stück des Erwerbslosenschandgesetzes. Und neue Verschlechterungen stehen bevor. Die Sozialfaschisten als Statthalter der Bourgeoisie werden schon dafür sorgen, daß sich die Rationalisierungsoffer ihren Hungerriemen noch enger schnallen oder ganz verreden.

Schärfster Kampf muß diesen Hungermaßnahmen entgegengesetzt werden. Erwerbslose, schließt euch zusammen. In jedem Ort erhebt durch Massenkundgebungen gemeinsam mit euren noch im Betrieb stehenden Kollegen den schärfsten Protest. Auf jeder Stempelfelle muß ein Erwerbslosenausschuß gewählt werden. Der Kampf muß organisiert von allen Erwerbslosen geführt werden. Deshalb nehmt heute schon Stellung zur oberösterreichischen Bezirks-Erwerbslosenkongress am 13. Oktober 1929.

Jauer

Streng nach der Bibel

A. R. Eingedenk des Bibelwortes „Wer wenig hat, dem wird auch das Wenige noch genommen“, handelt auch der hiesige Magistrat an denen, die gezwungen sind, Wohlfahrtsunterstützung zu beziehen. Auf den Antrag eines Ausgesteuerten läßt der Magistrat ihm folgenden Bescheid zukommen:

„Nach Prüfung Ihres Antrages haben wir festgestellt, daß eine Bedürftigkeit in Ihrem Falle zurzeit nicht vorliegt. Sie haben mehrere Wochen in Erntearbeit gestanden (fünf Wochen) und ein Einkommen gehabt, nach welchem wir erst in der Lage sind, Ihnen ab (folgt Datum) eine Unterstützung zu gewähren.“

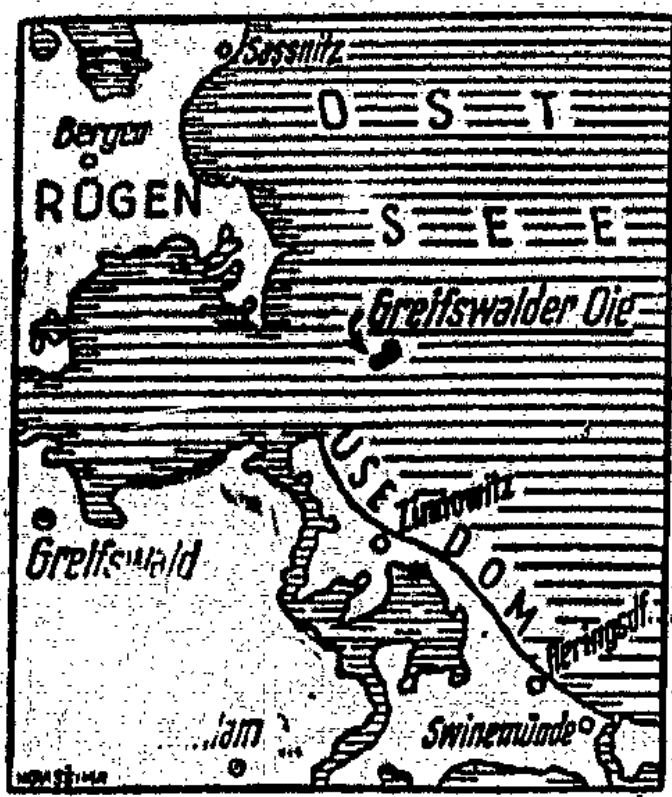
Der Arbeiter ist nun gezwungen, acht Wochen lang Schulden zu machen, um sich und seine Familie zu ernähren. Oder glaubt der Magistrat vielleicht, daß man in fünf Wochen beim Karren in der Lage ist, soviel aufzusparen, daß man drei Wochen davon leben kann, wo doch der Arbeiter bereits lange Zeit vorher erwerbslos war?

Stadtverordneten, welche wohl schöne Worte haben für die Erwerbslosen, aber für ihre Forderungen nicht zuständig zu sein glauben.

Genau so wie es in vielen anderen Städten bereits geschehen ist, soll auch in Landeshut ein Antrag auf Winterbeihilfe, billige Kohlen usw. gestellt werden. Gefordert wurden 20 Mark für jeden Hauptunterstützungsempfänger, 5 Mark für jeden unterstützungspflichtigen Familienangehörigen. Lieferung von Kohlen durch den Magistrat zum Selbstkostenpreis und 5 Zentner Kohlen im Monat Dezember gratis. Die Forderungen sollen vom Erwerbsloserrat noch genauer formuliert werden.

Skandalöse Zustände auf dem Arbeitsamt Liebau

Die Zustände auf dem Liebauer Arbeitsamt spotten jeder Beschreibung. Sperrung der Unterstützung ist keine Seltenheit. Das beweist folgender Fall. Eine gewisse Frau Klara Brendel arbeitete in der Spinnererei bei Jaitis. Als diese nach der Ausperrung nicht in Gang kam, bemühte sich die Erwerbslose um Arbeit und bekam auch welche in Berlin. Sie war ziemlich acht Wochen in Stellung, als sie einen Brief bekam, wenn sie nicht gleich zurückkehre, solle die Wohnung aufgeben. Aus diesem Grunde gab sie die Arbeit auf und kehrte nach Liebau zurück. Als sie einen Antrag auf Unterstützung stellte und alles soweit fertig hatte, erklärte ihr der Arbeitsamtsleiter Fichtner, sie könne sich alles wieder mitbringen, denn sie bekommt gar keine Unterstützung.



Hier soll die erste Weltkriegs-Karte sein.
Auf der Greifswalder Die, der bekannten Velseninsel in der Ostsee, 15 Kilometer östlich von Mönchgut auf Rügen, die mit ihrem weithin sichtbaren Leuchtturm eine Signalstation der deutschen Gewässer ist, wird Professor Dr. Hermann Oberth seine erste Karte in den Weltraum entsenden, die einen Brief enthalten soll. Man hat diesen einsamen Ort gewählt, um bei vollst. Abwesenheit des Experimentiers keine Menschenleben zu gefährden und hofft, daß der Brief, wenn die Karte das erdmagnetische Feld nicht verläßt, wieder aufgefunden wird.

ADP. fordert Hilfe für die notleidenden Kleinbauern

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende kleine Anfrage eingebracht:
„Die Pfändungen und Zwangsversteigerungen aus bäuerlichem Boden und Inventar haben in den verschiedensten Teilen Deutschlands in letzter Zeit wieder einen außerordentlichen Umfang angenommen. Die Ernte ist wiederholt auf dem Halme verkauft worden. Die Ertragung in der wertvollen Bauernschaft ist begreiflicherweise gemindert geblieben. Faschistische rechtsreaktionäre Elemente haben diese Ertragung ausgenutzt, um die Bauern gegen die Arbeiter zu hegen. Die Folge waren verschiedene Sprengstoffattentate nicht allein gegen öffentliche Gebäude und Beamtenwohnungen, sondern auch gegen Gebäude, die der organisierten Arbeiterschaft bzw. sozialen Versicherungen gehören.
Ein besonders empörender Fall der Zwangsversteigerung der Ernte auf dem Felde hat sich in der Gemeinde Schwarzbuch, Herrschaft Dessenstein, in Ostpreußen, ereignet. Eine angeblich gemeinnützige Anstalt, die Pötschel, hat in vier Pachtdörfern die Ernte auf dem Halme versteigern lassen, und die preußische Polizei hat bei diesem Werk der Verödung zahlreicher bäuerlicher Existenzen noch geholfen.
Am 22. und im 8. Ausschuss des Reichstages ist während der letzten Sitzungsperiode wiederholt die Reichsregierung und insbesondere der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf die katastrophale Notlage der bäuerlichen Familienbetriebe aufmerksam gemacht worden. Anträge auf sofortiges Verbot von Pfändungen und Zwangsversteigerungen aus bäuerlichem Boden und Inventar sind jedoch auf Einspruch der Reichsregierung, angeblich im Interesse des landwirtschaftlichen Kreditmarktes, abgelehnt worden. Jene, welche Hilfsmassnahmen hat die Reichsregierung aber trotz ihrer Versicherungen nicht ergriffen. Eine Eingabe des Reichsbauernbundes e. B. vom 20. April 1929 an den Reichsfinanzminister, die um Abstellung der schlimmsten Mißstände ersuchte, ist einfach nicht beantwortet worden.
Ist die Reichsregierung bereit, den fortgesetzten Pfändungen und Zwangsversteigerungen bäuerlicher Familienbetriebe durch die Finanzämter bzw. durch die Banken evtl. durch ein allgemeines Konsortium für bäuerliche Familienbetriebe Einhalt zu gebieten?
Ist die Reichsregierung bereit, darüber hinaus dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine durchgreifende Entschärfung der bäuerlichen Familienbetriebe vorsieht und so das Wahlversprechen der Regierungsparteien, das einen ausgedehnten Schutz der bäuerlichen Wirtschaft in Aussicht stellte, endlich wahr macht?“

SPD.-Streikbrecher schreien über „roten Terror“

Der Berliner „Vorwärts“ hat ein unerbittliches Geschrei über den angeblichen „Terror der Berliner Rohrleger“ erhoben. Das Dampfblatt will damit Jörgel zu noch schärferem Vorgehen gegen die Streikenden aufstacheln. Angesichts der Tatsache, daß die überwältigende Mehrheit der Rohrleger streikt, ist das Terrorgeschrei geradezu lächerlich. Außerdem wird insolge der Solidarisität der Bauarbeiter und der Aktivität der Rohrleger das Häufeln der Streikbrecher immer kleiner. Sogar eingeschriebene SPD.-Mitglieder schließen sich nach sachlicher Diskussion dem Kampf an.
Nur einige Beispiele, herausgegriffen aus einer Fülle von Material:
In Neubau mußte der SPD.-Mann Birnbaum, einer der gefährlichsten Sozialfaschisten, unter dem Druck der Gesamtbelegschaft mit seiner Kolonne nach langem Strauben den Bau verlassen.
Ebenda beschließen 18 Kollegen der Firma Steinbach, alles SPD.-Mitglieder, sich dem Streik ebenfalls anzuschließen.
Im Liegerten räumen fünf Rohrleger unter dem „Terror“ eines Kollegen nach zweitägiger Diskussion ihre Arbeitsstelle und streiken mit. Übrig bleiben der Meister und der Inhaber der Firma.
In Charlottenburg beschließen 18 Kollegen (Unorganisierte und dem SPD. Angehörige), sich dem Streik anzuschließen, obwohl der Unternehmer bereit ist, die materiellen Forderungen der Vereinigung anzuerkennen. Er sträubt sich lediglich gegen die Anerkennung des Gesamtarbeitsvertrages. Dabei ist interessant, daß er in Verhandlungen auf dem Büro der Vereinigung erklärt, daß durch die materiellen Forderungen keine Firma bankrott würde.
Die Belegschaft der Firma Beton- und Mauerbau-W. Baustelle Konjum (alte Pulverfabrik Spandau), mit 200 Beschäftigten, beschließt einstimmig, einen Stundenlohn zur Unterstützung der Streikenden anzuführen.
Die Belegschaft der Firma Philipp Holzmann überweist aus dem Kontenfonds 200 Mark.

Auf den Nachweilen weigern sich die Kollegen der verschiedenen Berufsgruppen, Streikbrecherarbeit anzunehmen.
Täglich zeigt dieser Kampf herrliche Beispiele proletarischer Solidarisität.
Über auch die Arbeiter außerhalb Berlins müssen mit zum Sieg der kämpfenden Berliner Rohrleger beitragen.
Zehmet auf den Sammelstätten!
Sammelt Jüngling von Metallarbeitern nach Berlin fern!

Die Militärkämpfe in China

Berlin, 26. September. (Eig. Ber.) Nach übereinstimmenden Meldungen von verschiedenen Seiten marschieren der bekannte chinesische General Changfahwei mit seinen Divisionen nach dem Süden, um dort gemeinsam mit der Kwangsi-Gruppe einen Angriff auf Kanton zu unternehmen. Weder das Kräfteverhältnis noch die politische Prognose der beiden Gruppen sind klar: Changfahwei äußert sich über die Aussichten seines Sieges über den neuen Gegner, den er (was bei ihm ja nicht viel bedeutet) als „hohle Scheinagenten“ bezeichnet, sehr optimistisch, während deutsche und englische bürgerliche Berichterstatter die Lage als für Changfahwei ernst betrachten. Auch die Psychoanalyse der neuen Gruppe ist unklar: die bürgerlichen Meldungen sprechen von einer Aktion des „Anten“-Kommunismus, und tatsächlich hat eine „provisorische Regierung von Hupe“ eine Rundschreibung erlassen, die sich u. a. für Truppenmobilisierung und Achtundtag ausspricht, also eine „linke“ Psychoanalyse besitzt. Andererseits sind die Verbündeten Changfahweis, die Kwangsi-Generäle, so ziemlich die reaktionärste Gruppe, die es in China gibt. Über alle politischen „Prinzipien“ treten sie immer hinter den Klientenkämpfen der Militärs zurück. Trotzdem hat man ihre Bedeutung im gegenwärtigen Augenblick nicht unterschätzen, sind sie doch ein Ausdruck der ersten Krise, in der sich die chinesische Revolution befindet, und beweisen sie eine weitgehende Festigung im Lager der Weltgeorderten, die für den Sieg der chinesischen Arbeiter- und Bauernrevolution günstigere Bedingungen schafft.

Betriebsräterekonferenz in Freiburg

In jedem Betrieb — revolutionäre Vertrauensmänner!

Die revolutionären Betriebsräte und Vertrauensmänner eines größeren Teils des schlesischen Bezirkes kamen vergangenen Sonntag in Freiburg zusammen. Als Referent war der bekannte gemächliche Betriebsratsvorsitzende von der Berliner Verkehrs-A.G., Kollege Deter, erschienen, der in mehrstündigen Ausführungen über revolutionäre Betriebsarbeit (Nationalisierungswelle) sprach. Aus seinen Ausführungen sei hervorgehoben:
Der Verrat der SPD. und der Gewerkschaftsbürokratie an den Arbeitern hat ein Anwachsen der Opposition zur Folge. Die Bürokratie erkannte die Gefahr und griff zu Einzelausschlüssen, dann zu den herkömmlichen Methoden. Jetzt ist man zur offenen Spaltung übergegangen. Im Augenblick steht der Ausschlag des Zimmererverbandes in Berlin auf der Tagesordnung, der unter kommunistischer Führung einen gewaltigen Aufschwung erlebt hat (jetzt 7000 gegen früher 4000 Mitglieder). Die SPD. kennt keinen anderen Ausweg aus ihrer Sackgasse. Sie ist selbsterlöschend und kann in Durchführung der einmal eingeschlagenen Politik nicht mehr anders. Unter Einziehung aller ihr verpflichteten Kreise, sie verfügt über etwa 41 000 Abgeordnete und circa 50 000 Angestellte, verurteilt sie, noch den sozialfaschistischen Kurs zu verfolgen.
Die veränderte Rolle der SPD. gegenüber der Arbeiterschaft kommt auch zum Ausdruck vor allen Dingen in den Betrieben, wo an leitender Stelle Sozialdemokraten stehen. In Berlin a. B. haben solche Leute Betriebsversammlungen im Betriebe verboten und begehren hierzu in Lokalen, um eine Massenauflösung der Arbeiterschaft zu verhindern. Unter dem Druck des Unternehmensrisikos und des mit ihm verbundenen sozialfaschistischen Gewerkschaftswesens nehmen die Wirtschaftskämpfe immer mehr politische Formen an. Die Gewerkschaftsbürokraten gehen immer mehr dazu über, nur

ganze kleine Wirtschaftskämpfe zu führen, die niemandem weh tun, als Ventil für den steigenden Unwillen der Arbeiterschaft. Als Ventil für diesen Unwillen versucht man mehr und mehr auch die Betriebsräte zu benutzen, und es ist Sache der revolutionären Betriebsräte, sich nicht als Pflanzboden, sondern als Frühling zu zeigen. Eine starke Fessel ist hier das Betriebsratsgesetz, gegen das bekanntlich bei der Einführung die Berliner Arbeiterschaft demonstrierte, wobei 42 Tote zu verzeichnen waren. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, daß jeder diese Fessel genau kennt.
Aus seiner eigenen Praxis berichtete der Referent, daß zu einem Betriebsrat, der vom Vertrauen der Arbeiterschaft getragen ist, sich alle wenden, nicht nur in Fragen des Betriebes, sondern auch des allgemeinen Lebens. Und ein guter revolutionärer Betriebsrat hilft immer oder weist wenigstens Hilfe nach. In allen Betrieben muß das revolutionäre Vertrauensmännerstystem eingesetzt werden. Es wurde sodann ausführlich ausgeführt, welche Wege hier zu beschreiten sind, um einen Körper von Vertrauensleuten zu schaffen, der eine Vorbedingung ist für die erfolgreiche Führung von Wirtschaftskämpfen.
In die äußerst lehrreichen Ausführungen, die größtenteils durch Beispiele aus der Praxis belegt wurden, schloß sich eine rege Aussprache, in der Vertreter aus der Metall-, Holzindustrie, vom Bau, aus der Steinindustrie sowie aus den Eisenbahnen u. a. zu Worte kamen. Der Referent nahm in seinem Schlusswort Gelegenheit, besonders auf die vorgetragenen Darlegungen der Diskussionsredner einzugehen. Er wird dadurch den versammelten Betriebsräten und Vertrauensmännern manchen praktischen Wink gegeben haben. Vorwärts in den Klassenkampf — das war die Losung der Tagung.

Arbeiter! Sammelt auf die Listen der IAH für die Berliner Rohrleger

ANNA IVAN OLBRACHT

Das Mädchen vom Lande
DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

Jandal ging durch Gänge und Säle, nicht mit dem Kopf und Achseln geduldig, so wie ein Erwachsener einem Kinde zulächelt. Er kannte zu genau den Ursprung und den Hwed dieser Frucht.
Der Abgeordnete und der Minister lehrten in das Arbeitszimmer zurück und saßen einander in Oberkanten gegenüber. Die Frage ruhte auf Petersteppchen. Der erste Ausdruck Habermanns zeigte, daß nur der eigentliche Zweck des Besuchs folgen würde, die politische Aussprache.
Der Minister blinnte aus seinen traurig-schönen Augen auf Jandal. Der Abgeordnete hatte Habermann schon lange nicht so aus der Nähe gesehen. Der ehemalige Arbeiter und Provinzjournalist hatte sich in einen eleganten amerikanischen Gentleman verwandelt. Er war glatt rasiert und gestimmt. Kleider, Krawatte und Schuhe schienen erst gestern in einem ersten Geschäft auf dem Broadway gekauft zu sein. Bloß die Augen waren unverändert geblieben. Sie waren schön und weich und hatten jenen eigenartig leuchtenden Glanz, der immer aus neuen Taffeln. Jandal kannte den Ursprung dieses Glanzes. Er wurde im Kriminal geboren. Solche Augen verblieben den traurigen Gefangenen für ihr Leben, den Gefangenen, die vier Jahre des einer Gefangenen von vierhundert Schritten auf die Wand ihrer Zelle geblickt und ihre ganze weisse Enge eingatmet hatten.
Der Minister sah nicht gut aus, man merkte, daß er ermüdet und überarbeitet war, und daß sich das Alter meißelte.
Habermann blickte sich nach langem Schweigen ganz nahe zu Jandal. Der Abgeordnete hatte seine Hände auf die Knie gelegt, und der Minister legte die seinigen auf sie.

„Jandal“, Habermanns Stimme klang traurig, „Jandal, alter Kamerad“, die Augen Habermanns waren trauriger als je zuvor. „Was macht ihr nur?“
„Na, was machen wir?“ lachte der Abgeordnete.
„Eine falsche Politik, Karl, eine furchtbare Politik.“ Der Minister packte mit den Händen an die ergauchenden Schläfen.
„Begreif mich doch, Freund, begreif mich doch.“
„Ich höre“, sagte der Abgeordnete.
„Was nun kam, war schon viel weniger überzeugend als die Augen Habermanns und die Wärme seiner Hände, denn Habermann war nur in Gefühlen groß.
„Revolution, jamaß, Revolution. Ist denn Habermann kein Revolutionär, hat er denn nicht sein ganzes Leben dafür gearbeitet und gelitten? Aber es geht nicht darum, daß die Arbeiterschaft in der Revolution geschlagen werde, es geht darum, daß sie sieg! Die Revolutionenzeit ist vorbei! Es ist ein furchtbarer Irrtum, sich an die Russen anlehnen zu wollen. In Russland ist keine soziale Revolution im marxistischen Sinne, es ist eine verpatete Form der Lösung des Agrarproblems, das bei uns schon seit 48 gelöst ist.“
Der heroische Kampf des russischen Proletariats ergreift auch Habermann tief, aber:
„Glaubb du denn, daß der westliche Kapitalismus gestatten wird, daß die Arbeiter ein Sechstel der Welt beherrschen? Die kapitalistische Bestie ist zu groß, die kapitalistische Bestie wird sie erlösen.“
„Sieh mal“, sagte Jandal zu sich, „die Terminologie ist unverändert geblieben, sie bleibt dieselbe auch bei der Propagierung kapitalistischer Ansichten.“
Und er fragte:
„Was für euch ein Grund ist, den Sozialismus zu verraten und sich gegen ihn in den Dienst der kapitalistischen Bestie zu stellen?“
„Er dich nicht so aufgeregt, Karl! Hör auf mich! Von heute an in einem halben Jahr gibt's keine Sowjets mehr in Russland. Was dort kommen wird, wissen wir nicht. Gebe es das Schicksal, daß die Demokratie kommt, aber es ist höchste Zeit, daß die Reaktion in ihrer furchtbaren Gestalt kommt. Was macht ihr dann, wenn ihr das Schicksal der Arbeiterschaft auf diese einzige Karte gesetzt habt?“

„Vor einem halben Jahre habt ihr mit der gleichen Bestimmtheit behauptet, daß die Sowjets in drei Monaten zu Ende sein würden“, antwortete Jandal ein wenig boshaft.
„Ja, wir glaubten dies, und wir haben uns geirrt. Aber waren Kollschak, Denikin und der polnische Krieg Kleinigkeiten? Das waren die letzten Schläge, die das russische Proletariat noch ertragen hat. Aber jetzt nähert sich das Ende der Revolution sehr schnell. Das Land ist verwüstet, die Eisenbahnen fahren nicht, die Industrie seiert, Hunger und Elend sind ungeheuer. Der Staat hat keine Finanzen. Das ist das Ende, trotz aller Opfer und Heldentaten!“
Der Minister versank in Schweigen. Dann setzte er sich an den Rand des Hautensils, noch näher zum Abgeordneten heran, und fuhr fort:
„Ich sollte dir dies nicht verraten. Aber es geht um wichtige Dinge, und dann, welches Staatsgeheimnis könnte zwischen uns stehen, Genosse?“
Dann sagte er, Wort für Wort eindringlicher und mit Betonung, so daß sich Jandal der Verkündung des Geschworenenurteils entsinnen mußte:
„Es wird eine furchtbare Intervention gegen Russland vorbereitet, eine furchtbare und großartige Intervention, ein riesiger Angriff von außen, der mit einem Aufstand im Innern verbunden sein wird. Das ist der letzte Schlag. Das erschütterte Russland wird ihn nicht mehr ertragen. Nach einem halben Jahre ist es mit den Sowjets vorbei, das ist die letzte Frist, Genosse Jandal.“
Diese Nachricht machte auf den Abgeordneten nicht den Eindruck, den der Minister erhofft hatte. Jandal lachte sogar bei dieser Mitteilung, und diese „Frisivität“ tat Habermann weh.
„Glaubb du, daß der russische Bauer den Großgrundbesitzern den Boden zurückgeben wird?“ fragte Jandal.
„Nein, er wird ihn nicht hergeben, er wird sich bis zum letzten Blutstropfen wehren, aber sie werden den armen Muschil erschlagen.“
„Ich habe andere Informationen von der inneren Kraft Russlands.“
(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik, Religion, Sport und Nebenbelieben Alfred Dönitz, Bredlau; für Baden, Gewerkschaft und Betrieb Wilhelm Riedwald, Bredlau; für Oberbesatz Gerhard Schulz, Oelwitz; für Justiz und Kunne, Reimann, Bredlau.

Das Lied vom Abbau

Von Erich Welner

Unausführlich wächst die lange Graue Arbeitslosenschlange. Mehr und mehr. Ausgeperrt aus den Betrieben, ausgelagert, abgebaut, Alt geworden, aufgetrieben, Stehn sie, wenn der Morgen graun, Stehn sie mit den Stempelkarten, Und sie warten, warten, warten Auf den Tag, auf den Tag, Wo es Arbeit geben mag!

Für die heimlichen Regierer, Wirtschaftsführer, Halsabschnürer Bist du bloß noch tote Last, Wenn du keine Arbeit hast! Daß das Vaterland gelunde: Unterstützungsbau! Schlüß! Arbeitslose? Faulle Hunde, Die man hungern lassen muß! Und nun stehn sie mit erstarrten Nieren da und warten, warten Auf den Tag, auf den Tag, Wo man Betteln gehen mag!

Einmal aber wird es dämmern! Einmal wird den großen Schlemmern Vor der Schlange, endlos lang, Angst und Bang! Denn dann werden die marschieren, Alle, die ihr warten fleht. Nicht mehr hungern, nicht mehr frieren! Denn das Licht der Zukunft grüht! Dann marschieret die große Schlange Mit befreitem Gesange In den Tag, wo es Arbeit geben wird!

Ein Kriminalbeamter erschleht sich

Gestern beging der 34jährige Kriminalassistent Hermann Langer in seiner Wohnung Schwelbühler Straße 19 Selbstmord, indem er sich mit seiner Dienstpistole erschoss. Langer war im Einbruchsbereit der Breslauer Kriminalpolizei beschäftigt und gehörte auch zu den Beamten, die in der Pelzdiebstahlaffäre Theaterstraße 2 in Berlin Erhebungen angestellt haben. Schwermut scheint der Anlaß zu sein, er hinterläßt eine Frau und ein vierjähriges Kind.

Parteilasse der Demokraten in Gefahr

Die Breslauer Demokraten hatten ihren Parteilassierer verlagrt, da derselbe Mitgliederbeiträge von zusammen 286,25 Mark einlieferte und nicht abgeliefert hatte. Ein Schaden ist nicht entstanden, denn die Summe wurde wieder herbeigeschafft. Das Gericht verurteilte den Kassierer zu 200 Mark Geldstrafe.

Arbeiter-Musikverein besucht Herrnpfisch

Der Arbeiter-Musikverein „Fortschritt“ stellte sich am Sonntag, dem 22. d. M., in den Dienst der guten Sache gegenüber seinen kranken Mitmenschen. Per Rad und mit dem Auto der „Arbeiter-Zeitung“ wurde der Heilstätte Herrnpfisch ein Besuch abgestattet. Das etwas stürmische Wetter tat dem freundlichen Empfang keinen Abbruch und bald gab es im Garten ein schönes Konzert zu hören. Die gut disziplinierte Schalmelkapelle leistete vorzügliches und bereicherte den Kranken einen frohen Nachmittag. Ein begeistert angenommener Umzug durch den Anstaltsgarten mit Musik bildete den Abschluß. Am Abend rollte die Kapelle in ihrem roten Auto wieder der Großstadt entgegen.

Arbeiterkinder, Arbeitereltern!

Morgen nachmittag trifft der nach Rußland delegierte Jungpionier in Breslau ein. Wir fordern alle Arbeiterkinder, Jugend, Partei und befreundete Organisationen auf, den Empfang dieses Breslauer Delegierten zu einer rühmlichen Kundgebung zu gestalten. Sammelplatz und Abmarsch 17 Uhr, Neumarkt. Empfang 17,30 Uhr auf dem Hauptbahnhof.

Schickt eure Kinder in den Jung-Spartakus-Bund, heute Mittwoch, von 18—20 Uhr, bei Zoublid, Königsgräber Straße 10.

Delegiertenkonferenz

Die Delegiertenkonferenz der antischaftlich-proletarischen Selbstschutzorganisationen von Breslau findet am Donnerstag, dem 26. September, 20 Uhr, bei Arndt, Malergasse 27, statt.

Achtung, Oblente-Zusammenkunft

Für Notstands-, Fürsorge- und Nichtschaffarbeiter findet Freitag im „Roten Löwen“, Kupferschmiedestraße, eine Oblente-Sitzung statt. Alles muß vertreten sein.

Aus der Partei

Wegen Schädigung einer mit der Partei befreundeten Organisation wurde das frühere Parteimitglied Erich Störmer aus der Partei ausgeschlossen. Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Ein Regulator erbeutet

Wie Gerichtskosten eingetrieben werden

Ein Arbeiter von der Sternstraße schreibt uns: „Ich bezog von einer hiesigen Firma einige Schallplatten auf Abschlag. Mit den letzten Raten blieb ich infolge schlechten Verdienstes etwas im Rückstande. Gleich erhielt ich von der Firma einen Zahlungsbefehl über den fälligen Betrag, den ich, so schwer es mir eben wurde, auch beglich. Indessen waren auf diesen geringen Betrag etwa 5 Mark Gerichtskosten entfallen, die zu bezahlen ich mich nicht verpflichtet fühlte, was mir auch auf dem Gericht bestätigt wurde. Trotzdem wurde mir ein in meiner Wohnung hängender Regulator gepfändet, der nachweislich meinem Sohne gehört. Da meine Frau den Regulator nicht herausgeben wollte, kam ein Schupo-Beamter mit dem Gummitripel bewaffnet nebst dem Gerichtsvollzieher und einem kräftigen Dienermann, und diese holten den Regulator ab. Das Dreieckspann siegte über meine 50 jährige Frau und zog deutebeladen, wie siegreiche Feldherren, ab. Alles um 5 Mark.“

Die Verlede der offenen und verdeckten Kriegsvorbereitungen und des sich verschärfenden Klassenkampfes spiegelt sich in allen Etas der Gemeinden durch die erhöhten Ausgaben für die Polizei wider. Ungeheure Summen von kommunalen Geldern werden für Ausgaben verschleudert, die nicht dem Interesse der Arbeiterschaft und der werktätigen Schichten, sondern umgekehrt, gerade deren Belämpfung dienen. Die Stadt Breslau macht davon keine Ausnahme. Ihr Etat von Polizeiausgaben steigt von Jahr zu Jahr recht beträchtlich. Immer mehr geht der Staat dazu über, die Polizei aus ganz gewissen Gründen zu verstaatlichen. Die Aufbringung der Kosten überläßt man aber den Gemeinden.

So erreichen sie für die Breslauer staatliche Polizei im Jahre 1929 die anschauliche Höhe von 1428 700 Mark. Sie ist in den letzten Jahren um mehrere Hunderttausend Mark gestiegen.

Woher kommt diese Steigerung? Sind vielleicht die Verkehrsleute so teuer geworden, oder ist die sogenannte „kriminelle Unsicherheit“ so gestiegen, daß zu deren Bekämpfung erhöhte Geldausgaben erforderlich werden? Nichts von alledem. Es handelt sich um Maßnahmen, die aus Liebligkeit billigt sind von dem Gedanken der verstärkten Wehrhaftmachung der Bourgeoisie, die abgeleitet werden aus den zugehörigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zwischen Arbeiterschaft und Kapitalisten. Die Steigerung der Beamtenszahl beträgt in Breslau vom Jahre 1928 zu 1929 etwa 8 Prozent. Eine grundlegende Neuorganisation ist eingetreten. Ausbildung und Bewaffnung sind „qualifizierter“ geworden. Gerade bei Demonstrationen der kommunistischen Partei tritt der Bürgerkriegscharakter der Polizei ganz besonders hervor.

Wie stark ist nun die Breslauer staatliche Polizei?

Der Polizeibezirk Breslau ist eingeteilt in ein „Großes Kommando“ und drei Polizeiregimentern. Der Einzeldienst auf den Polizeirevierern und den Polizeiflugwachen wird in 23 Polizeirevierern bewirkt. Die Zahl der Polizeibereitschaften beträgt sechs. Darunter befinden sich zwei berittene Polizeijüge und ein Provinzial-Reitleibzug. Als Sonderpersonal werden noch Beamte im Kraftfahrtechnischen Dienst, im Nachrichten-, Sanitäts- und Beschlagsdienst verwendet. Für den ganzen Bezirk stehen planmäßig 2134 Polizeibeamte zur Verfügung; davon sind 1508 „Schutzpolizeibeamte“, 192 Beamte sind im Innendienst beschäftigt, und einige versehen technischen Polizeidienst.

Bei der Kriminalpolizei befinden sich 274, darunter einige weibliche Kriminalbeamte. Nicht angegeben werden kann die Zahl der Beamten, die in der politischen Abteilung IA beschäftigt werden. Ihre Hauptkräfte widmet diese Abteilung der Bekämpfung der kommunistischen Bewegung. Sie beginnt bereits mit der Eintragung aller im Verammlungskalender der „Arbeiter-Zeitung“ bekanntgegebenen Referenten, Themen und Versammlungsorte und steigert sich bis zur direkten gewalttätigen Bekämpfung der Partei. Während sich

die Schutzpolizei mit dem Nimbus einer Verkehrs- und ordnungsregelnden Organisation umgeben kann, fällt bei der politischen Polizei diese Möglichkeit von vornherein weg.

Die politische Polizei ist der kräftigste Ausdruck für den Charakter der Polizei als Bürgerkriegsarmee gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Neben einem ausgeführten und gefüllten Menschenmaterial stehen der Polizei die modernsten Errungenschaften der Technik zur Verfügung. Der Rundfunk ist bereits in ihren Dienst gestellt. Eine weitere wichtige Rolle spielt der sogenannte Luftschifferbewachungsdienst. Welche Rolle das Flugzeug im Kriege und natürlich auch im Bürgerkrieg spielt, weiß jeder Arbeiter aus dem letzten Weltkrieg. Nicht umsonst legt daher die Polizei größtes Gewicht auf gründliche Ausbildung ihrer Polizeibeamten als Flugzeugführer.

Neben dem Polizeifunk und dem Flugzeug bedient die Polizei alle bis zur höchsten Vollkommenheit entwickelten Maschinen, von der Panzergranate angefangen bis zum Maschinengewehr und zum Panzerwagen. Besondere Ueberfallautos erhöhen die „Mannvermögensfähigkeit“ und Beweglichkeit der Polizeitruppen. Ueber den Grad der Bewaffnung der Polizei lassen sich schlecht bestimmte Zahlen nennen. Hier ist zu beachten, daß die Bewaffnung um so vollkommener wird, je scharfer die Massenengensätze und die heranrückenden großen Auseinandersetzungen zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie aluter werden.

So sehen wir, wie der Polizeiparapparat (nach dem Geheiß der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie ein Instrument „mehr verwaltungstechnischer Natur“) in Wirklichkeit ein Masseninstrument der herrschenden Bourgeoisie, eine ausgeführte Waffe gegen das Proletariat ist. Bei einer Einwohnerzahl von 607 460 Köpfen (1. April 1929)

trägt jeder Breslauer Einwohner 2,35 Mark jährlich zu den Unterhaltungskosten für die Polizei bei.

Dafür hat der hungernde Proletarier ab und zu mal die Ehre, ihren „Egen“ in recht sühbarer Weise wahrzunehmen.

Nach dem neuen Polizeikostengesetz, das am 2. August 1929 vom Preussischen Landtage beschlossen wurde, und das am 1. April 1930 in Kraft tritt, werden weitere neue Lasten den Gemeinden aufgebürdet. Nach den Errechnungen, die auf Grund des neuen Polizeikostengesetzes erfolgt sind, sollen die Mehrkosten für Breslau etwa 600 000 Mark jährlich betragen.

Eingeweihte Kreise aber wissen, daß die Mehrausgaben für die staatliche Polizei nach dem neuen Gesetz weit höher sind, nämlich jährlich etwa 1 200 000 Mark erreichen.

So werden die Steuergroschen der Arbeiterschaft verwanrt zur Aufrechterhaltung einer ihr mit bitterem Haß gegenüberstehenden Bürgerkriegsarmee. Dieser Vorwurf trifft nicht den einzelnen Polizeibeamten, aber er trifft den polizeilichen Gesamtapparat der herrschenden Klasse.

Die Breslauer Ringer in Berlin geschlagen

Am Sonnabend und Sonntag haben, entgegen allen Sabotageversuchen, Breslauer Ringer mit den Berliner Ausgeschlossenen gekämpft. Auf die sportliche Bedeutung dieses Vorganges und verschiedener Maßnahmen der Kreisleitungsfunktionen werden wir in einem besonderen Artikel eingehen. Heute nur der Kampfericht:

Die Breslauer, die in letzter Minute eine Umstellung ihrer Mannschaft vornehmen mußten, konnten natürlich in Berlin damit nicht den vollen Beweis ihrer Stärke erbringen. Sie trugen den ersten Kampf in Hennigsdorf aus. Eine lebhaft interessierte Zuschauermenge wohnte der Veranstaltung bei. Die Breslauer waren hier leider vom Unglück verfolgt. Die erste Runde endete mit 9:5 für Hennigsdorf, und auch die zweite ging mit 8:6 an Hennigsdorf. Im Gesamtergebnis blieb somit Hennigsdorf mit 17:11 Sieger. Die verhältnismäßig hohe Niederlage zeigte aber beileibe nicht das richtige Stärkeverhältnis.

Der Hauptkampf in Berlin wurde im großen Saal der Bodbrauer in der Fildinstraße ausgetragen. Hier ging es gegen den Berliner Kreismeister Berolina. Die Breslauer verloren nach kurzem Kampf einen ihrer besten Kämpfer durch Verletzung, und deshalb mußte auch das Treffen im Fliegengewicht abgebrochen werden.

Die übrigen Kämpfe ergaben folgende Resultate: Bantamgewicht: Schwierz-Breslau siegte im ersten Gang in 4:34 durch Untergang von vorn über Lehmann-Berolina, der zweite Gang endete unentschieden. Federgewicht: M. Leuchtenberg-Breslau erhält zwei Niederlagen durch Albrecht-Berolina, und zwar erliegt er einem Hüftzug in 40 Sekunden und durch Eindringen der Brücke in 4:52 Minuten. Leichtgewicht: W. Leuchtenberg-Breslau muß von Droas-Berolina ebenfalls zwei Niederlagen hinnehmen, in 1:31 wird ihm die Brücke eingedrückt, und im zweiten Gang ist es ein Hüftzug in 1:12, der den Kampf beendet. Mitteltgewicht: Lodler-Berolina siegt beidemal über Birne-Breslau durch Eindringen der Brücke. Halbschwergewicht: Vogel-Breslau und Erich Seelenbinder-Berolina kämpfen zweimal unentschieden. Schwergewicht: Käfig-Breslau muß zweimal die Ueberlegenheit von Werner Seelenbinder anerkennen, ein Seitenaufreizer in 5:51 und ein Hüftzug in 4:56 bringen ihn auf die Schultern. Resultat: 21:7 für Berlin.

Die Breslauer Sportgenossen sind von ihrer Berlin-Fahrt hochbefriedigt. Allen Anschlägen zum Trotz sind sie gekartet; ihr Beispiel wird unter den übrigen schlesischen Athleten weiteste Zustimmung und bald Nachahmung finden.

Selbstmord durch Leuchtgasvergiftung beging am Montag in seiner Wohnung am Ring der 50 Jahre alte Kaufmann S. Sch.

Zwei Selbstmordversuche. Am Mittwoch gegen 13 Uhr versuchte sich der Schiffer J. F. in seiner Wohnung mit Gas zu vergiften. F. wurde nach dem Allerheiligen-Hospital gebracht. — Der wohnungslose Zahnstücker S. K. hat sich gestern gegen 10,30 Uhr in einer Zelle des 15. Polizeireviers mit einem Glasherben die Fußsäber der linken Hand geöffnet. K. sollte wegen eines Diebstahls in das Polizeigefängnis eingeliefert werden. Die Wunde stellte sich aber als ungefährlich heraus.

Capitol. „Meine Schwester und ich.“ Weg einer Liebe — nach bekanntem und beliebtem Schema abgewandelt: lebensfremd, verlogen, unwahr und sentimental. Das Märchen von der armen Arbeiterin, die beim happy end den Grafen oder Baron heimführt, ist hier auf den Kopf gestellt, ist umgestülpt worden. Also so: Die erlauchte Prinzessin verliebt sich in den Bibliothekar des schönen Schlosses, in dem die meisten Szenen gedreht wurden. Doch der hält das für prinzeßliche Launen und reißt nach Würzburg, allwo er das Prinzeßchen als Schuhverkäuferin wiederfindet. Um dem Film die nötige Länge zu geben, sind noch einige unnötige Nebenpersonen eingefügt. Zum Schluss gibt es ein „Berühmtes Ju-bie-Arme-sinken“ zu Bierem. Doppelte hält besser! Die Liebe hat wieder mal über den Weidack, das Gefühl über Standes-urteile triumphiert. Daß die Wirklichkeit gerade dem entgegengezeigt ist, liegt daran, daß wir in Deutschland keine Filmkunst, wohl aber eine Filmindustrie haben. Der Film birgt frische Bilder eines guten Operateurs. Mady Christians hat Gelegenheit, Würde und Unnahbarkeit einer Prinzessin, Scham und Anmut einer Verkäuferin zu zeigen. Und sie macht davon reichlichen Gebrauch.

Schauspielhaus. Franz Lehars „Friederike“ bleibt weiter auf dem Spielplan und gelangt auch Sonnabend und Sonntag, 16 Uhr, zu ermäßigten Preisen in der Abendbesetzung zur Ausführung. Der Vorverkauf ist von 10—14 Uhr und ab 18 Uhr an der Theaterkasse geöffnet.

Heute, Mittwoch, 19,30 Uhr Gesamtfunktionärsitzung

der Parteiorganisation Groß-Breslau in der „Wratislawia“, Mauritiusplatz kleiner Saal. Gen. Stadtrat Ammon spricht über die Kommunalwahlen in Breslau. Mitgliedsbücher mitbringen!

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband Breslau: Seite 24b. Donnerstag 20 Uhr Jellenabend im „Eisenfönig“, Solteistraße Jung-Spartakus-Bund. Gruppe Schottländer. Gruppenabend (mit aus. Mes befestigt sich am Empfang des Blouers 23. Gruppe Lenin. Mittwoch 17 Uhr Gruppenabend im „Eisenfönig“, Solteistraße 23. St. Helmsabend Mittwoch von 18—20 Uhr bei Zoublid, Königsgräber Straße. Wärlth. Donnerstag 17,30 Uhr Kröbergasse Versammlung. Roter Frauen- und Mädchenbund Breslau: Alle Genossinnen kommen am Mittwoch um 20 Uhr zu Meitmann, Neue Antonienstraße. Sonstige Organisationen: Seite 24b. Donnerstag 19,30 Uhr Funktionärsitzung bei Mische, Adlerstraße 10. Seite 24b. Freitag 20 Uhr bei Zoublid, Königsgräber Straße 10; Mitgliedsvereinsamtung. Bericht von der Bezirkskonferenz. Streifen. Arbeiter-Samariter-Bund. Mittwoch neuer Ringlerkursus. Melodramen am Abend im Schulhaus I, vortere. Die Arbeiterschaft wird erwarret. Gayman. Arbeiter-Schalmelverein. Donnerstag 19 Uhr beim Kameraden H. H. Hebungabend.

Waldenburger Bergland Für Arbeiterfinder nichts übrig

Aus dem Stadtparlament Gottesberg — Die SPD. stimmt aus Angst vor den Wahlen den kommunalistischen Anträgen zu — Protest gegen den Unterhaltungsraub

Der Verlauf der letzten Stadtparlamentssitzung in Gottesberg war für die arbeitersyndikale Politik der bürgerlich-sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft kennzeichnend. Die Kommunisten reichten einen Dringlichkeitsantrag auf einen Zuschuß an die Internationale Arbeiterhilfe für die erholungsbedürftigen Kinder ein. Für arme Kinder hätten die Bürgerlichen keinen Pfennig Geld übrig, aber für Zappelturnmal, Gindenburg-Empfang und für Pfaffen, da haben diese „Volkvertreter“ immer volle Taschen. Selbst zwei abgemagerte Vergleute dieser Fraktion haben die Frechheit, die Arbeiterfinder zu mißachten, und stimmten dagegen. Genosse Ulrich brandmarkte in gehärdeter Weise dieses Verhalten, worauf der fromme Stadtparlamentarische Brauner die Sitzung auf zehn Minuten schloß.

Bei der Aussprache über den Ausbau der Wasserleitung im Ortsteil Ober-Hermisdorf beantragte Genosse Ulrich, daß den minderbemittelten Hauseigentümern Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit auch sie den Anschluß machen können, auch soll der Magistrat in der Frage der Bezahlung nicht in rigoroser Weise verfahren. Die Leitungsröhre sollen 150 Millimeter Durchmesser haben. Eine Anleihe von 20 000 Mark soll für den Ausbau der Wasserleitung aufgenommen werden. Eine Anfrage des Genossen Ulrich, inwiefern die Zusammenlegung der Schulen nach der Eingemeindung vor sich gehe, erklärte der Bürgermeister, daß die höhere Schule nach Ober-Hermisdorf verlegt wird, und die Hilfsschule in das Gebäude der höheren Schule kommt. Zur Instandsetzung der Dächer sollen Gelder bewilligt werden. Ein Protestschreiben der kommunistischen Fraktion wurde zur Verlesung gebracht. Darin wurde gegen die Verschlechterung des Arbeitslosengesetzes protestiert, die eine unerhörte Verschlechterung für die Arbeiterfindung mit sich bringt. Die Bürgerlichen lehnten wiederum die Dringlichkeit ab, nachdem aber der „liebenswürdige“ Vortrager von der kommunistischen Fraktion vorher ganz gehörig kritisiert worden war, gab er diesmal seine Zustimmung und das Protestschreiben gelangte zur Annahme. Hierauf folgte die geheime Sitzung, in der die Finanzen der bankrotten Stadt durch Aufnahme eines Kredits aufgeschlichtet wurden.

Das Verhalten der bürgerlichen Fraktion gegen die Arbeiterfindung zeigt, daß diese reich sind, aus dem Parlament zu verschwinden. Daß die SPD-Fraktion diesmal den Anträgen und Resolutionen der KPD-Fraktion zugestimmt hat, zeigt ihre Angst vor der Wählererschaft, denn tatsächlich hat auch sie kein Interesse für die Arbeiterfindung und Liebäugelt mit den Bürgerlichen, was tagtäglich zu beweisen ist. Darum ihr Arbeiter von Gottesberg, wählt am 17. November die Liste der kommunistischen Fraktion.

Kinderreiche ohne Wohnung — Ledige — 3-Zimmer-Wohnung!

Das ist die Wohnungspolitik in Nieder-Hermisdorf. Mieter, protestiert gegen diesen Skandal! Arbeiter, Arbeiterfrauen, erscheint restlos am

Mittwoch, 25. Sept., 19 Uhr
in der „Friedenshollung“

zur Protestversammlung, die von der Kommunistischen Partei veranstaltet wird. Schluß mit den Machenschaften der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront!

hy. Neubüberfall auf ein Pulverhaus? In der Nacht zum Montag drangen drei Männer von 25 bis 30 Jahren in das umwaldete Pulverhäuschen auf dem Gelände des Bahnhofs ein. Sie suchten eine Kiste mit 50 Pfund Sprengstoff zu rauben. Als Wachbeamte eintrafen, mußten sie entfliehen, ohne die Leute mitnehmen zu können.

Gausdorf bei Aignau. Unterstützt den Arbeitersport! Der Arbeiter-Kadlerverein „Kadler“ veranstaltet am Sonntag, dem 28. September, im Gausdorf, „Zur guten Laune“, Gausdorf (Schmale Seite) eine Herbstveranstaltung, an der sich die beste Mannschaft der Ortsgruppe Gausdorf beteiligt und ihr Können im Fahren auf Saalmaschinen zeigt. Arbeiter, Arbeiterfrauen, unterstützt den Arbeitersport! Kommt in die Veranstaltung!

Schweidnitz Nochmals das Schwimmbad

A. R. Wie den Lesern unserer Zeitung bekannt sein dürfte, hatte der Schweidnitzer Magistrat durch den Dezerenten des Schwimmbades, Herrn Stadtrat Franke, laut Vertrag vom 15. 5. 1928 das Schwimmerehepaar Höwels aus Lünen an der Spitze für die Zeit der Saison 1928 engagiert. Es kam dann zu den bekannten Differenzen und der Magistrat löste vor Beendigung des Vertrages das Dienstverhältnis. Der Magistrat weigerte sich, dem Höwelschen Ehepaar für die geleistete Arbeit das ihnen zugehende Gehalt sowie die vereinbarten Reisekosten zu ersetzen. Daraufhin wurde bei dem hiesigen Arbeitsgericht Klage erhoben und der Magistrat wurde zur Zahlung verurteilt. Von beiden Parteien wurde das Landesarbeitsgericht anrufen, welches das Urteil des Vorderrichters aufgehob. Es wurde nun Revision bei dem Reichsarbeitsgericht eingereicht. Das Reichsarbeitsgericht wies laut Urteil vom 6. 7. 1929 die Revision zurück, und zwar mit der Begründung, daß die von dem Magistrat gez. Franke geschlossenen Verträge auf Grund des § 58 Abs. 8 der preussischen Städteordnung ungültig seien.

Es ist nun festzustellen, daß zwei Vertreter des Magistrats ungültige Verträge abgeschlossen haben. Herr Stadtrat Franke als juristischer Vertreter der Stadt Schweidnitz sowie der Baurat Herr Lippe mußten doch wissen, daß sie auf Grund des angeführten Paragraphen nicht berechtigt sind, mit jemandem einen Vertrag abzuschließen, in dem die Stadt Verpflichtungen übernimmt. Nun kommt die größte Unverschämtheit des hiesigen Magistrats, welcher durch Herrn Franke als Vertreter die Höwelschen Eheleute auffordert, die ihnen gemäß des Urteils des Arbeitsgerichtes zuerkannten Gehaltsbeträge zurückzugeben.

Hat die Stadt etwa kein Geld, daß sie die Zurückzahlung fordern möchte? In anderen Fällen ist sie nicht so enggerzig. Wir erinnern

an die Kreditgewährung an die Maschfabrik Krause. Auch Herrn Ehrenbürger Cassebaum bewilligte man seinerzeit eine Gehaltsaufbesserung um einige tausend Mark, damit er eine entsprechend höhere Pension bekomme.

Die Lagen für diese Finanzpolitik wägt man vollkommen auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung, der Arbeiter, Handwerker und Angestellten, ab. Wir erinnern an die bedeutende Steigerung von Gas, Wasser und Elektrizität! Den Schweidnitzer Bewohnern rufen wir alle diese Vorkommnisse in das Gedächtnis, damit sie am 17. November Vertreter in das Parlament wählen, welche auch wirklich ihre Interessen vertreten, und dem Magistrat bei solchen Vorläufen gehörig auf die Finger klopfen. Das sind nur die Vertreter der kommunistischen Partei!

Fünf Jahre Note Hilfe

Arbeiter, Werktätige von Schweidnitz, heraus zur öffentlichen Versammlung am Freitag, dem 27. 9., in „Stadt Breslau“. Thema: „Fünf Jahre Note Hilfe.“ Anschließend findet ein Lichtbildervortrag statt: „Der 1. Mai in Berlin.“ Eintritt 19 Pfennig. Karten im Vorverkauf sind bei allen NS-Funktionären und Genossen zu haben.

Jauer

Achtung, Genossen!

Am Freitag, 18. Uhr, wichtige Funktionärsitzung der Partei. Anschließend Parteiverammlung. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend. Um 20 Uhr kombinierte Versammlung. Alle Mitglieder der Note Hilfe und der Arbeiterwehr haben volzhäßig zu erscheinen. Total „Grüner Adler“.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 25. Sept. 16: Dr. Boehlich: Das Binzenkloster. 16:30: Kurzopern in Schallplatten. 17:30: Hermann Löns-Gedächtnisfeier (gest. 24. 9. 1914). Leitung: Wolfram v. Jastrow. 8. Bruner (Rez.), Jugendspielschar (Wieder zur Laute). 18:15: Der Vate fragt nach den Grundbegriffen der Musik: Motto, Phrase, Periode, Thema, Satz, Dialog mit musikal. Beispielen. Dr. Guittmann, Elise Berger. 18:40: Mein Kind ist krank! Ein Zwiegespräch zwischen Gertrud Stein und Marta Wiebig. 19:05: Kammermusik, Bombrowski: Romantische Abendmusik für Streichquartett. — Gdhler: Streichquartett in A-moll. E. Prade (1. Violine, 2. Violine, 2. Violine), B. Jany (Bratsche), C. Beder (Cello). 20:05: Alex. Runge: Bild in die Zeit. 20:30: Alt-Wiener Länze. Joh. Strauß (Vater) (gest. 25. 9. 1849) und seine Zeitgenossen. Joh. Strauß (Vater): Die Sorgenbrüder; Maria-Luadrille: Die Schwaben; Kadejka-Marsch; Vorelen-Rheinlänge. — Vanner: Elektrische Länze. — Gungl: Studentenwalle. — W. Fabrbach sen.: Romischer Zapfenstreich. — Neu-Wiener Operetten: Lehar: Nachtschlus-Marsch aus „Wiener Frauen“. — Nedbal: Kavalier aus „Polenblut“. — Gall: Botz. „Die Kaiserin“. — J. Straus: Bulgarenmarsch aus „Der tapfere Soldat“. — Reinhardt: Walter aus „Das läche Mädel“. — Enghler: Schäferspiel-Marsch. — Schäl. Philharmonie. Leitung: Marszalek. 22:35: Funk-rechtlicher Briefkasten.

Donnerstag, 26. Sept. 9:30: Prof. Dr. Winkler: Der Rilmanshara, ein Gletscherberg unter der Tropenzone. 16: Bernh. Strobov: Wirtschaftliche Zeitfragen. 16:30: Orgelstunde. Schallplatten. 17:30: Dr. Adler: Berichte über Kunst und Literatur. 18:15: Glemis: Chefredakteur Kohz: Zeitungsbilder aus Oberschlesien. 18:40: Glemis: Dr. Rosenberger: Schlesiens Industrie, Einzelbilder. — Wesslar Antorich: Der schlesische Bergbau. — Dr. Fittler: Aus der eisenhaltenden Industrie Oberschlesiens. 19:05: Konzert der Kapelle. Leitung: E. Prade. Mozart: Duo. „Fingars Hochzeit“. — Klughardt: Konzert in A-moll für Cello mit Orchesterbegleitung. — Mendelssohn: Suite aus „Ein Sommernachtstraum“. 20:05: Rich Opik: Der Arbeitnehmer als K. arsgläubiger. 20:30: Meyen. Ein Stück aus dem amerikanischen Farmerleben in drei Akten von E. Vetter. Vert.: Luffine, Farmer; seine Frau; Lem und Marie, ihre Kinder; Kate, Lems Frau; Bob, früher Matrose, jetzt Arbeiter; Erntehilfsarbeiter: Mat, Greah, Dufsch. Das Stück spielt auf einer großen Farm im Weizenbistrit des nördlichen Minnesota, nahe der kanadischen Grenze zur Erntezeit im Ablauf weniger Tage. 22:35: Glemis: Unterhaltungs- und Tanzmusik der Kapelle Schülslo.

Freitag, 27. Sept. 9:45: Eröffnung des Deutschen Städtetages in Frankfurt a. M. U. a. Ansprache des Reichsinnenministers Genzinger. 15:30: Das Nitro im Warenhaus vor der Neueröffnung. 16: Hanna Wlehn: Praktischer Nachmittags. Streifzug durch das Arbeiterleben. Kitzentzettel und Kexente. 16:30: Unterhaltungs-musikübertragung. Leitung: Ch. Komad. 17:30: Kinderzeitung. Schlußstück und der Festungsanteil. (Em. Kröblich, Peer Hof.) 18: Herbstfahrten in Schlesien. Blaudezet von Georg Hallama. 18:15: Leop. Lehmann: Männer, die nach Schätzen graben. Die Preussische Geologische Landesanstalt. 18:40: Pilot Körner: Vom Fliegenlernen. Ein Wort: Oberingenieur Rosenberger. 19:05: Schliapin singt Schallplatten. 20:05: Jahrgang Hamburg: Die Jahrbücher in der Sozialversicherung. 20:30: Tanzspiel. Orchester: Orientalische Tanzkapelle für Kammerorchester (Uraufführung). — Wüller: Tanzsuite. — Krenel: Drei lustige Märtsche. — Bauer: Sinfonietta in drei Sätzen. Ausf.: Schlesiensche Philharmonie. Leitung: Dr. Aid. 22:35: Reichsstadtgericht. Wiederholungs- und Diskusstunde.

Sonntag, 28. Sept. 16: Bühnenstunde. 16:30: Seitere Musik. Leitung: Franz Marszalek. Kapelle. 17:30: Dr. Hamburger und Gad M. Lippmann: Die Filme der Woche. 18:10: Eka Kojate: Der 21. Oberantio-Bellkongress in Budapest. 18:20: Studentenrat Dr. Wolf: Schule und Jugend im neuen Staat. 18:50: Wiener Weisen (Schallplatten). 20: National Frankfurt a. M.: Festkonzert an der Uraufführung der im Rahmen des Musikpreisausschreibens des Sozialistischen Kulturbundes ausgezeichneten Kompositionen. Ein Wort: H. Schulz. Hermann Wunich: „Hammerwerk“. Symphonie. — Berthold Goldschmidt: 19. November. Vorspiel. — Hermann Willner: „Rom 1922“. Divertimento mit einem Sprecher. — Beethoven: Phantasie für Klavier und Orch. 22:35: Berlin: Tanzmusik.

Die Kommunalwahl

wird am 29. September auf den

Unterbezirks- Parteiarbeiter - Konferenzen

als Hauptpunkt der Tagesordnung behandelt.

**Alle Ortsgruppen,
alle Zellen müssen
vertreten sein.**

„Schlegel und Eisen“

Nummer 2

erscheint am Mittwoch, 2. Oktober
Bergarbeiter, verlangt überall danach!

(Aus schneiden! Aus leben!)



bringen wir in den
meisten Abteilungen
eine
Unmenge praktischer
Gebrauchsartikel

Heute:

Einige hundert Stück sehr hübsche
Kinder-Mützen
bestehend aus handgehakelten Babywützen,
verschiedenartige Häubchen, Kappen, Mützen,
Hütchen in Plüsch, Samt, Seide,
Flauschstoffen, Wolle usw. in vielen schönen
Verarbeitungen mit Band u. Kurbel-
stickerei, z. Ausuchen! durchw. St. **50 Pf.**

Mehrere hundert Stück moderne
Dam.-Kleider- u. Bindekragen
aus Volls mit feinen Valenzienespitzen garn.
oder aus Spachtel, Crép de Chine, Rippside
in den verschied. Farben u. Ausföhr.
zum Ausuchen. Stück für Stück **50 Pf.**

Große Mengen
Landhaus-Gardinen
zirka 60 cm breit, aus gutem Etamine, mit
eingewebten echtfarbigen Streifen, Volant mit
Abschlussspitze, in vielen Farben **50 Pf.**
Meter

Cremefarbige
Madras-Querhänge
mit echtfarbig, reicher Broschierung, **50 Pf.**
mit breiter Abschlusfranse. Stück

Zirka 2000 Stück Herren-Krawatten
Selbstbinder und Regattes
aus vielen schönen Kunstseidenstoffen, in
riesengroß. Musterauswahl, Streifen, Karos,
Fantasiemuster. . . . Stück **50 Pf.**



A Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau A

Gebr. Wolffs Gaststätten in allen Stadtteilen!

Nord

Möbelhaus Paul Rogoll, Matthiasstr. 59
kauft man gut und billig 89808

Musikhaus :: Waterloo-Str. 3
Sprechapparate, Schallplatten / Auf Wunsch Teilzahlung 89817

W. Wölfler
Matthiasplatz 11
Kleider- und Schürzenfabrikate 89869

Kolonialwaren / Konditorei
Spirituosen / Weine
W. Wölfler, Delmerstraße Nr. 18
89792

Fleischerei und Wurstfabrik
Robert Schwarz, Wellenstr. 18
89793

Nach-Druckerei / Druckerei zum Bergmann
Trebnitzer Str. 46 — Bergmannstraße 15
Willy Xchora 89801

Bäckerei und Konditorei
Josef Diercks, Fleischstraße 12
89802

Lebensmittel / Obst, Getreide
Mittler- und Garten-Waaren, Galerien,
Trebnitzer Straße 52 89803

Bäckerei und Konditorei
F. Klegner, Delmerstraße Nr. 18
89804

Gebrüder Kubitzke
Strassenwaren / Zeitungen / Musik
Neue Waarenstraße 127 89805

Bäckerei und Konditorei
Richard Wölfler, Wölflerstr. 27, a. Waterloo-Pl.
und Matthiasstraße 65/66 89806

Offenhandlung Conrad Weig
Wellenburger Straße 40 89807

Fischwaren-Spezialgeschäft
F. Rahn, Rospotzstraße Nr. 18
89808

Hut-Hönisch
Matthiasstrasse Nr. 139 89804

Bäckerei und Konditorei
Ernst Frenzel, Matthiasstraße 142
89806

Germann Dietrich, Matthiasstraße 85
Fleischerei und Wurstfabrik 89807

Karl Lugin, Matthiasstraße 170
10% Rabatt 89808

M. Richter, Matthiasstraße Nr. 71a
Porzellan und Kleingeräte
Spez. Grabkreuze u. Schilder 89809

Fleisch- und Wurstwaren
D. Metzger :: Schleierbergstraße 45
Ede Wädhchen 89810

Kolonialwaren / Spirituosen
Wilhelm Ruppert, Schiefwerderstr. 51
89811

W. Zembrod
Waterloostrasse Nr. 11
Kolonialwaren / Spirituosen 89812

Kolonialwaren / Spirituosen
Heinrich Scholz, Ottostraße 2
89820

H. Krappich, Lanzenstraße 152
ff. Fleisch- und Wurstwaren 89828

F. Freier
Tautenzienstraße 192
Leidw. usw. Ungepöbelung
von Sofas u. Matratzen 89829

Fischwaren
Spezialgeschäft
Kurt Rühl
Vorwerkstr. 73
89831

Paul Müller
Tautenzienstr. 165
Fisch- u. Kolonialw.
89830

Helz und Kohlen
nur bei
Geisler
Webstykstr. 16
89832

Thomas-Brause und -Selters
Die Getränke der Werkstätten
Reinhold Thomas GmbH., Breslau 23
Hubenstraße 84 / Tel. 24116 / Lieferant für Kantinen 11024

Möbel
günstige Zahlung
J. Erkel & Co.
Gräbschen Str. 14
89841

Engel & Schell
Gräbschenstr. 80
Eisenwaren, Werkzeugen
Haus- u. Kleingeräte 89845

B. Andritschke
Friedrichstraße 12
Schuhwaren aller Art 89849

Mela Grill, Inh. B. Schu's
Gräbschenstr. 28
11. 84

Möbel
kauft beim
Fachmann
W. Burkert, Fischermstr.
Gräbschenstr. 88 u. 132
11395

Kaufhaus M. Robowski
Hauptgeschäft
Gräbschenstr. 64
Filialen
Hobanzellenstr. 22
Gräbschenstr. 82a
Westendstr. 51
11393

Reinhold Schoepke
Gräbschenstr. 42
Eisenwaren
Haus- und Kleingeräte
11395

Genossen beachtet unsere Inserenten!

West

Kofflerapparate mit Metalltonführung u. erstatl. Schneckenwerk
Flachapparate mit Haube, 2 Türen u. erstatl. Schneckenwerk
Wochenrate 1 Mark

Musikhaus Blumenthal, Friedrich-Wilhelm-Str. 105
Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft 11021

Alfred Teuber, Friedr.-Wilhelm-Str. 35
Die beste und billigste Bezugsquelle für
Haus- und Küchengeräte, Glas, Porzellan und Steingut
seit über 30 Jahren 11022

Fisch-Spezialgeschäft
K. Sainzel, Frankfurter Str. 127 89821

Dein Fahrrad geg. Teilzahlung nur bei
Willy Watzky, Friedr.-Wilhelm-Str. 13
Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft 89823

Gebrüder
Kolonialwaren mit dem Georg Kaiser,
Hödelwitzstraße 41 11027

Trinkt Milch
aus der Alsen-Molkerei, Alsenstraße 86
89826

Gebrüder
N. Fleißch und Wurstwaren
bei Bruno Wölfler, Hödelwitzstraße 52
89856

Leinen-Haus Gotthard Volkel
Friedrich-Wilhelm-Strasse 51 / Albrechtstrasse 56
Gut gewählte Berufskleidung und Wäsche
Federalität Initiat., gute Qualitäten
Niedrige Preise. Einkaufsquelle der Arbeiter 89827

Möbelfabrik Max Schreiter, Bismarckstr. 12
Wohnungseinrichtungen und Einzeilmöbel aller Art
besonders für Stedlungs-Wohnungen
Niedrige Preise. Gegen Kasse und auf Raten 89801

Druckerei u. Ausschank
Zum großen Meerschiff
Inh. E. Vogel
Breslau, Reuschestr. 28
Telephon 89836 (1 Minute vom Königplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche
Mittagsstisch von 12 bis 3 Uhr 89839

Albert Gutsche, Reuschstraße 29/31
Belannt als Leistungsfähig in
Leber und Schuhbedarfsartikel
Zweigstellen:
1. Gräbschenstr. 19/21, 2. Mollte-
str. 14, 3. Hohrauer Str. 7, 4. Poststr. 27
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft 89825

Sprechapparate / Schallplatten
Teilzahlung!
Musikhaus Opiß & Söhne
nur Breite Straße 15 89870

Albert Gutsche, Reuschstraße 29/31
Belannt als Leistungsfähig in
Leber und Schuhbedarfsartikel
Zweigstellen:
1. Gräbschenstr. 19/21, 2. Mollte-
str. 14, 3. Hohrauer Str. 7, 4. Poststr. 27
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft 89825

Albert Gutsche, Reuschstraße 29/31
Belannt als Leistungsfähig in
Leber und Schuhbedarfsartikel
Zweigstellen:
1. Gräbschenstr. 19/21, 2. Mollte-
str. 14, 3. Hohrauer Str. 7, 4. Poststr. 27
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft 89825

Albert Gutsche, Reuschstraße 29/31
Belannt als Leistungsfähig in
Leber und Schuhbedarfsartikel
Zweigstellen:
1. Gräbschenstr. 19/21, 2. Mollte-
str. 14, 3. Hohrauer Str. 7, 4. Poststr. 27
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft 89825

Albert Gutsche, Reuschstraße 29/31
Belannt als Leistungsfähig in
Leber und Schuhbedarfsartikel
Zweigstellen:
1. Gräbschenstr. 19/21, 2. Mollte-
str. 14, 3. Hohrauer Str. 7, 4. Poststr. 27
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft 89825

Albert Gutsche, Reuschstraße 29/31
Belannt als Leistungsfähig in
Leber und Schuhbedarfsartikel
Zweigstellen:
1. Gräbschenstr. 19/21, 2. Mollte-
str. 14, 3. Hohrauer Str. 7, 4. Poststr. 27
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft 89825

Albert Gutsche, Reuschstraße 29/31
Belannt als Leistungsfähig in
Leber und Schuhbedarfsartikel
Zweigstellen:
1. Gräbschenstr. 19/21, 2. Mollte-
str. 14, 3. Hohrauer Str. 7, 4. Poststr. 27
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft 89825

Konfektionshaus Max Silbermann
Herren- und Knaben-Bekleidung
? Weinrichstrasse ? 11013

Musikhaus E. Bartsch, Gartenstr. 23-25
11010 Größtes Lager am Platze
Lieferungen zu den günstigsten Zahlungs-Bedingungen

D. Korn, Friedländer Str. 7
Nur gute Herren- und
Knaben-Bekleidung
Alleinverkauf der Fa. Louis Mosberg, Bielefeld 11019

Im Kaufhaus W. Rahmer
Friedländer Straße 28
kauft man gut und billig 11018

Kaufhaus
Max Holzer
Friedländer Strasse 10 11017

Möbelhaus
Hermann Feder
Kirchstrasse 3 11015

Kauf bei
Jacobsohn
Gartenstrasse 6 11019

Zoologische Handlung
Herrn. Prählich, Gerberstr. 2. Ruf. 1143
11011

Fahrradhandlung
Ferdinand Reiter, Kienstraße Nr. 48
Reparaturwerkstatt 11012

Wib. Grünberg, Friedländer Str. 27
Herren- und Knaben-Konfektion 11016

Robert Gahn, Hermann-Steig-Str. 2
Weine / Liköre / Tabakwaren 11022

Schuhhaus Krojanker
Schellniger Strasse 16
Friedrich-Wilhelm-Strasse 36 11026

O. Schöneich, Frankfurter Str. 115-117
Wäsche, Trikotaschen, Strümpfe 89823

Seine Arbeitshüten
und Schutzmascotten
nur bei G. Franke, Friedrich-Wilhelm-Str. 81
89852

Arbeiter rauchen nur Fr. Karlilms
Zigaretten, Zigaretten und Tabak.
Händelstraße 10 11028

Obst und Gemüse
nur von H. Schiewel holen
Hödelwitzstraße 29 89855

Rauhaus Max Stein
Wäsche und Kleiderstoffe
billig und reell
Max Friedrich-Wilhelm-Strasse Nr. 58
89851

Uhren-Frenzel
Gebrüder 1899
Friedrich-Wilhelm-Strasse 88
Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft 89853

Metalbettstellen / Matratzen
Kinderbettstellen / Baskoher
Beier & Olowinsky s. m.
Breslau, Herronstrasse 31 89824

Rosenthal
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Neue Schweißnitzer Strasse 5
Beste Bezugsquelle für Arbeiter, Angestellte u. Beamte 89897

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!

Niederschlesien

Görlitz

Mühlbrand. In den Mühlenwerken von R. Pohl in Nieder-Görlitz brach Feuer aus, dem die Werke mit sämtlichen Maschinen zum Opfer fielen, während die Silos mit den Getreidevorräten erhalten werden konnten. Von dem anstehenden Wohnhaus brannten der Dachstuhl und das Obergeschoss aus. Ferner sind 600-800 Zentner Wehl verbrannt. Die Entschädigungsbüchse dürfte in dem Verlaufe einer Woche zu schließen sein.

Note Diffe. Mitgliederversammlung heute 20 Uhr im „Felsenkeller“. Erscheinen Pflicht.

Töblicher Unfall in Ruhna. Ein schwerer Unglücksfall, dem der Monteur Paul Förster aus Ruhna zum Opfer fiel, ereignete sich gestern. Förster war damit beschäftigt, Masten der elektrischen Leitung umzusetzen. Als er den letzten Draht durchschnitt, brach der Mast, der unten moosch war, ab und stürzte mit Förster auf die Erde. Er erlitt beim Fall einen Schädelbruch. Der Arzt, der sofort zur Stelle war, konnte nur noch den Tod feststellen. Förster, der 31 Jahre alt ist, hinterläßt eine Frau und zwei noch nicht schulpflichtige Kinder.

Sagan

Sendet Delegierte zur Kreisversammlung

Am Sonntagvormittag 10 Uhr werden alle revolutionären Landarbeiter und Verbindungsleute ersucht, an der stattfindenden Kreisversammlung, die Stellung zu den Kommunalwahlen nimmt, teilzunehmen. Dieselbe findet im „Deutschen Kaiser“ statt. Von jeder Gemeinde soll mindestens ein Vertreter erscheinen, besonders von Großh., Sprottau, Halbau, Wielau, Freiwaldau, Bütan, Tschirndorf, Tschiesdorf, Eisenberg, Raumburg und Zeipau.

Bunzlau

Parteiversammlung. Heute 20 Uhr findet im Volkshaus, 1. Etg., eine wichtige Parteiversammlung statt. Alle Genossen müssen rechtlos erscheinen.

Sprottau

Opfer einer Unvorsichtigkeit. Tödlich verunglückte der 45 Jahre alte Stadtrat Andersohn. Er fuhr mit seinem Fahrrad an einem kleinen Gebüsch die ziemlich hohe Chauffeeböschung hinunter. Dabei

streifte der Zweig eines Strauches den Abzug eines in der Brusttasche steckenden ungeführten Revolvers. Durch den sich lösenden Schuß wurde Andersohn getötet.

Haynau

Niedererschlagung der Gaszählermiete

Vom Erwerbslosenrat wird uns geschrieben: Der von uns gestellte Dringlichkeitsantrag auf Niedererschlagung der Gaszählermiete wurde von der letzten Stadtverordnetenversammlung in folgender Form angenommen:

Allen Arbeitslosen, Kleinrentnern und Ortsarmen, deren Einkommen die Woche 20 Mark nicht überschreitet, wird die Gaszählermiete die ersten zehn Wochen zur Hälfte und nach zehn Wochen die volle Miete niedergeschlagen.

Unser Antrag lautete für alle Erwerbslosen und Minderbemittelten die völlige Niedererschlagung der Gaszählermiete. Erwerbslose Kollegen, wenn wir euch rufen, seid zur Stelle und stellt neue Anträge. Rat und Auskunft erteilen die Ausschussmitglieder.

Der „Bunzlauer Herrenmeister“ vor Gericht

Ein Bild finstersten Aberglaubens

Vor dem Pignier Schöffengericht fand gestern die Verhandlung gegen den Artisten Otto Thiemann, den sogenannten „Herrenmeister von Bunzlau“ statt. Thiemann ist 24 Jahre alt und in Bunzlau wohnhaft. Mit 13 Jahren floh er aus der Erziehungsanstalt und lebte unter Zigeunern und Bärenführern. Im letzten Jahr lernte er die Cheleute Hübner in Raumburg a. O. kennen. Er verstand es, ihr Vertrauen zu gewinnen und sie von seinen überirdischen Kräften zu überzeugen. Nacheinander erhielt er von ihnen 2200 Mark Bargeld und kostbare Wertgegenstände. Er las aus der Hand, machte Augenuntersuchungen, „rettete“ die Tochter, die angeblich halb hätte sterben müssen, für 400 Mark, erbot sich, Richter in einem Prozeß durch Hypnose zu beeinflussen, wofür er 180 Mark erhielt. Für die Rettung des zum zweitenmal gefährdeten Lebens der Tochter nahm er 710 Mark. Für Beistunden lastierte er 548 Mark. Schließlich erhielt er noch Damen- und Herrenuhren usw. Ein noch willkommeneres Ausbeutungsobjekt fand er in den Cheleuten Schirmer in Ober-Großhartmannsdorf, Kreis Bunzlau. Sie erzählten

ihm, der Teufel gehe in ihrer Wohnung um. Nun trat er als Retter auf, „entthete“ das Vieh, erklärte, der Mann müsse sterben, wenn er ihn nicht rette, wofür er 800 Mark erhielt. Für die Verhütung eines weiteren Todesfalles in der Familie ließ er sich gar 2000 Mark zahlen. Nachdem er verschiedentlich auch schon Vieh aus dem Stall geholt hatte, krönte er in der Nacht zum 10. Juli sein Werk, indem er das ganze Vieh für verhext erklärte und es einfach mitnahm. Er verkaufte es in Alt-Warthau für 1100 Mark und ließ brennen. Die Cheleute Schirmer sind um 2180 Mark Bargeld und Sachwerte von 2600 Mark geschädigt, der Sohn, Landwirt Bruno Schirmer, um 2000 Mark Bargeld. In Marienburg stellte sich Thiemann selbst der Polizei, so daß er am 18. Juli in Untersuchungshaft genommen wurde. Vor Gericht war er in vollem Umfang geständig, so daß auf Beweisaufnahme verzichtet werden konnte. Das Gericht erkannte wegen Betrugs in zwei Fällen auf ein Jahr Gefängnis. Zwei Monate gelten durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt. Der Angeklagte hat bereits mehrmals versucht, sich die Fußsporen aufzuschneiden. Er nahm das Urteil sofort an.

Grünberg

Stahlfelmmummel

Der Stahlhelm hatte seine Mannen in die Mauern unserer Nebenstadt gerufen. Man dachte sicher, mit dem nötigen nationalen Tamtam würde der faschistische Weizen auf guten Boden fallen. Mit Hohngelächter und Niederrufen wurden diese treuteutschen Mannen begrüßt. Nur der starke Kordon der republikanischen Polizei gab ihnen ein Sicherheitsgefühl. Dazu spielte die Kapelle „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen.“ In diesem Sinne wurden am Friederichsdenkmal die Toten geehrt. Dieser in Grünberg's Mauern stattgefundenen Aufmarsch zeigt, daß sich die Faschisten wieder stark fühlen und sich alles erlauben können; daß sie von Krieg, Vergeltung und Helldemut reden können. Darum Proleten, seid wachsam! Verhindert, daß sich in Grünberg Ähnliches wiederholt. Bekämpft den Faschismus mit allen Mitteln.

Verband für Freibeitertum. In der letzten Mitgliederversammlung sprach Genosse M ö s e s über die „Klassische Philosophie“. Der Vortrag wurde mit großem Interesse angehört und beschlossen, in jeder Mitgliederversammlung einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten. Der Arbeitsplan für das Winterhalbjahr wurde genehmigt und eine Kirchenaustrittskampagne eingeleitet. Auch erfolgte die Wahl der Jugendwohlfahrtskommission, um die Vorarbeiten für die nächste Jugendwoche in Angriff zu nehmen.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36 300
Täglich 8 Uhr
Friederike
Franz Lehars
Welterfolg

Möbel
Schlaf-, Speisezimmer,
Wohnzimmer, Küchen
auf
Kredit
auch Einzelmöbel,
Schränke, Vertikals,
Bettstellen etc. zu
niedrigsten Preisen.

Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Menschenauflagen
prompt und
preiswert

PEUVAG
Papier- Erzeugnisse-
und Verordnungs-
Althen - Gesellschaft
Berlin
Fil. Breslau
Trebützer Str. 58

Genossen
werbt für
Eure Presse!

WIE WIR WURDEN

— zeigen Ihnen neben/lehende Umwandlungen unserer Häuser. Das Vertrauen, das wir seit 33 Jahren unserer Berechnung genießen, die ständig wachsende Kundenzahl, sind der beste Beweis für die kraftvolle Entwicklung unserer Unternehmen, für Leistungsfähigkeit und Reellität. Die Ableitungen sind wesentlich vergrößert u. mit Rierenlagern ausgerüstet. • Alle zeitgemäßen Wareneinrichtungen sind bei unserem großzügigen Umbau berücksichtigt worden.

Für die Bequemlichkeit: Eine Rolltreppe
Neu eröffnet: Vergrößerter Erfrischungsräum m. Restaurationbetrieb
Neu eröffnet: Jambirhalle im Erdgeschoss.
Neu aufgenommen: Lebermittel zu kleinen Preisen.

Neu eingerichtet im Erdgeschoss:
Verkauf Kasse und Warenausgabe durch die Verkäuferin



BARASCH

Stadtheater Breslau

(Opernhaus)
Spielplan vom 23. bis 29. September 1929
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie G 2
Don Pasquale
Donnerstag, 20 Uhr
Salome
Freitag, 19.30 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie H 2
Neu einstudiert
Figaros Hochzeit
Sonntag, 20 Uhr
Aida
Sonntag, 15.30 Uhr
Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Don Pasquale
Sonntag, 20 Uhr
Rigoletto

Wandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein
Der Kindergarten II im Ortsteil Neu-Salzbrunn ist am 26., 27. und 28. Sept. wegen Umstellung geschlossen. Der Kindergarten wird in Ganztagsbetrieb umgestellt, die Kinder sind täglich, außer Sonnabends von 8-12 Uhr im Kindergarten untergebracht. Jedes Kind, das den Kindergarten am 30. Sept. weiter besuchen will, ist in der Zeit von 10-12 Uhr am 27. und 28. Sept. bei der leitenden Kindergartenleiterin im Kindergarten II neu anzumelden. Die Wiedereröffnung des Kindergartens erfolgt am Montag, dem 30. Sept. Weißstein, den 21. September 1929
Der Gemeindevorsteher
Hertzwig

AIZ.-Vertreter u. Kolporteurs
in allen Orten
Schles. gesucht
Meldungen an:
Artur Müller
Breslau 2, Lehmgrubenstraße 37

Weiß- u. Wollwaren
kaufen sie am billigsten
bei
Emil Schmelz
Breslau 6, Friedr. Wilh.-Str. 25